

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

57 (25.7.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

2. Jahr Nr. 57

F B

Freitag, 25. Juli 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Koalitionsregierung in Südwürttemberg

Die Kommunisten sind nicht mit einbezogen

Tübingen (Eig. Ber.). Im Landtag von Südwürttemberg-Hohenzollern gab Staatspräsident Bock folgende Zusammensetzung seiner Regierung bekannt: Vier CDU-Minister: Kultus und Erziehung (Dr. Sauer), Ernährung und Landwirtschaft (Dr. Weiß), Arbeit (Wirsching) und Finanzen (Staatspräsident Bock interimsistisch selbst). Zwei SPD-Minister: Justiz (Dr. Carlo Schmid) und Inneres (Renner). Ein Demokrat: Wirtschaft (Eberhard).

Landtagspräsident Gengler vereidigte die Minister, die sich alle der religiösen Eidesformel bedienten. Er sagte, die Minister müßten sich „als Wahrer des Rechts fühlen, um so zur echten Demokratie durchzustößen und damit zur Freiheit.“ Die Arbeit der neuen Regierung sei schwer, denn in einer Zeit der äußersten Not fordere die Öffentlichkeit, daß nicht eine Selbstzerfleischung sich zum obersten Gesetz einer verantwortungsbewußten Regierung herausbilden, sondern der Sinn für die Realität.

Darnach gab Staatspräsident Bock seine Regierungserklärung ab. Er unterstrich den ganzen Ernst der Lage, die ein bankrottetes System hinterlassen habe. Er betonte die Zusammengehörigkeit des Landes mit Nordwürttemberg und hoffe, daß die Zonengrenzen bald überflüssig seien. Dem Volk müßten Lebensmöglichkeiten gegeben werden. Den zentralistischen Staat lehne er ab, weil er automatisch zum Machtstaat werden müsse. Die Ernährungslage sei katastrophal, die Zukunft völlig unsicher. Die Regierung werde der Siedlungs- und Bodenreform ihr besonderes Augenmerk zuwenden und alsbald ein Gesetz vorlegen. Der Betreuung der Opfer des Faschismus werde die Regierung ihr besonderes Augenmerk widmen. Es werde erwartet, daß die Länder der französischen Zone hier ein einheitliches Gesetz schaffen könnten. Die Flüchtlinge dürften nicht vergessen werden. Besondere Bemühungen gelten dem Schulgesetz. „Man werde den Gemeinden die Möglichkeit geben, sich für die Art der Schule zu entscheiden, die sie wünschen.“

Mit seiner Koalitionsregierung hat Staatspräsident Bock — der sich übrigens immer noch nicht zu unserer Anklage äußerte, daß er im Mai 1933 vor Hitler kapituliert habe — die Erwartung, daß er eine Allparteienregierung bilden werde, nicht erfüllt. Er ist damit den zweckmäßigsten Weg in dieser Notzeit, wie man ihn in Rheinland-Pfalz beschritten hat, nicht gegangen und hat die Kommunistische Partei, die zum gemeinsamen Aufbau bereit war, in die Opposition gedrängt. Für die Sozialdemokratische Partei ist es bezeichnend, daß sie sich an einer Koalitionsregierung, ohne Einbeziehung

der Kommunisten, beteiligt. Dabei sei erinnert, daß die SPD gegen die Wahl des Staatspräsidenten gestimmt hatte.

Es wird sich zeigen, daß die Bildung einer Koalitionsregierung unter Ausschluß der Kommunisten keineswegs den Notwendigkeiten der ersten Zeit entspricht, die eine Zusammenarbeit aller vier Parteien verlangt, um gemeinsam die Schwierigkeiten zu überwinden und eine wirkliche Demokratie aufzubauen.

Wir werden die Demokratie verteidigen!

Regensburg (Südena). Der brandenburgische Landtagspräsident Friedrich Ebert, Sohn des ersten deutschen Reichspräsidenten, sagte auf einer Versammlung, die KPD und SED seien entschlossen, die Demokratie mit revolutionären Mitteln zu verteidigen. Man müsse als Sozialist den Mut haben, die Welt nicht nur zu verbessern, sondern auch grundlegend zu verändern.

Als Gegner der Einheit Deutschlands bezeichnete Ebert nicht nur die Junker und Großkapitalisten, sondern auch gewisse Kreise im Ausland, die „mit Churchill und Hoover Sehnsucht nach möglichst vielen deutschen Vaterländern haben, um Separatfrieden schließen zu können“. Er warnte vor Auslandsanleihen und Lebensmittelimporten, welche die Finanzkraft des deutschen Volkes auch in Zukunft überstiegen.

In der Diskussion erklärte Richard Scheringer, daß die Gebiete jenseits der Oder und Neisse noch nicht abgeschrieben

seien, da eine geeinte deutsche Arbeiterschaft sich leicht mit dem östlichen Nachbarn verständigen könne.

Nie wieder Brüning

Berlin (Südena). Unter dem Titel „Ein neuer Mythos“ nimmt die „Berliner Zeitung“ dagegen Stellung, den früheren Reichskanzler Dr. Brüning wieder in die deutsche Politik einzuführen. Von einflussreichen amerikanischen Kreisen wird Brüning als der ideale Kandidat für den Ministerpräsidenten Rumpf-Deutschlands angesehen. Wie der Rundfunk-Kommentator Steel zum Ausdruck brachte, werde Brüning vielleicht die Westdeutsche Regierung mit dem politischen Zentrum in Frankfurt am Main bilden.

Schlechte Ernte-Aussichten

München. Die Frühkartoffelernte im größten Teil Bayerns wird voraussichtlich nur dreißig Prozent der Vorjahr-Erträge ausmachen und die niederbayrische Weizen-ernte nicht mehr als 25 Prozent einer normalen Ernte betragen, erklärte der Staatssekretär im bayerischen Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium, Hans Gentner, nach einer Besichtigungstour durch sämtliche Trockengebiete Bayerns. Die Lage sei besonders in Nordbayern außerordentlich ernst. In den Trockengebieten müßten die Viehbestände sehr stark herabgesetzt werden, da keine Zwischenfuttersaaten vorhanden seien.

Holländische Kriegsberichte

Batavia. Ein holländisches Heeres-Kommuniqué ist bekannt, daß in Java einige Geschwader „holländischer Mustangs“ Präventiv-Maßnahmen gegen die Flugzeuge und Flugplätze der republikanischen Armee ergriffen haben. Ein republikanisches Flugzeug wurde in Brand gesetzt und die Flugzeughallen beschädigt. Die Anlagen des Flugplatzes von Tasikmalaya wurden unbrauchbar gemacht.

Batavia. Die holländische Marine meldet, daß Landeeinheiten unter dem Schutz von Kriegsschiffen am 21. Juli Truppen an der Ostküste Javas bei Banjuwangi und bei Pasir Putih an der Nordküste Javas landeten. Die republikanischen Stellungen wurden beschossen.

Washington. Das Foreign Office fragte bei der amerikanischen Regierung an, ob diese mit einem britischen Vermittlungsversuch in Indonesien

zwecks Beilegung des Konfliktes einverstanden wäre.

London. Holland und Indonesien haben noch nicht auf den britischen Vermittlungsvorschlag geantwortet.

Amsterdam. Die öffentliche Meinung ist beunruhigt wegen den drohenden Streiks. Die kommunistische „Waarheid“ forderte alle fortschrittlichen Kräfte auf, die Auslösung des offenen Kampfes in Indonesien zu verhindern.

Die sozialistischen Gewerkschaftsführer wollen ebenso wie die katholischen und protestantischen Gewerkschaften nichts von dem von den Kommunisten angekündigten Generalstreik wissen. Aber es ist die Möglichkeit vorhanden, daß es den Kommunisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen gelingt, einen Großteil der sozialistischen Arbeiter zum Streik, vor allem in den Häfen und auf der Eisenbahn, zu veranlassen. Die Kommunisten weisen auf die Schande eines Kolonialkrieges hin, bei dem die Sozialistische Partei als Regierungspartei mitmache. Dieses Schlagwort der Kommunisten können die Sozialisten nur schwer widerlegen.

Amsterdam. Die Einheitsgewerkschaften der Hafenarbeiter und Seeleute riefen zum Streik zwecks Unterbindung sämtlicher Transporte nach Indonesien auf. Sie forderten die sozialistischen Gewerkschaften auf, sich dieser Aktion anzuschließen. Sie appellierten außerdem an den Internationalen Gewerkschaftsverband, die Hafenarbeiter und Seeleute aller Länder aufzufordern, diese Streikbewegung zu unterstützen.

136500 Tonnen abmontiert

Berlin (Südena). Insgesamt 10881 Tonnen an Maschinen und Industrieanordnungen sind im Juni in der britischen Zone abmontiert worden. Damit sind insgesamt in der britischen Zone industrielle Anlagen im Gewicht von 136500 Tonnen abgebaut. Die Zahl der der Interalliierten Reparationsbehörde gemeldeten Maschinen und Geräte beläuft sich auf 3176 Stück, von denen 2575 bereits mehreren Ländern zugesprochen wurden.

Düsseldorf. Die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke gehörenden sämtlichen zehn Walzstraßen des Röhrenwerkes Poensgen in Düsseldorf, ein Teil der Anlagen des Werkes Thyssen in Mülheim an der Ruhr, sowie die Hochofenanlage und die Stahlgießerei der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim wurden auf die Demontage gestellt.

Kontingentierung der Atomkraft

Lake Success (Südena). Der sowjetische Delegierte Gromyko schlug vor, daß durch ein Sonderübereinkommen ein System errichtet werde, das die Atomkraft kontingentiert. In den Grenzen dieser Kontingentierung sollen alle Nationen der Welt ihre Atomindustrien entwickeln können. Dieses Sonderübereinkommen müsse eine Ergänzung des vorhergehenden sein, durch das die Atombombe als ungesetzlich erklärt und eine internationale Kontrollagentur geschaffen werde.

Parteitag verschoben

Auf Anordnung der Behörden kann der für das kommende Wochenende (26. und 27. Juli) in Offenburg angesetzte II. Landesparteitag der Kommunistischen Partei wegen Ausbruch spinaler Kinderlähmung in Offenburg nicht stattfinden.

Da es nicht möglich ist, den Parteitag innerhalb von drei Tagen nach einer anderen Stadt zu verlegen, wird er voraussichtlich um 14 Tage verschoben.

Weitere Mitteilungen bringt UNSER TAG.

Der Landesvorstand

der Kommunistischen Partei

Land Baden (französ. Zone).

Willi Prinz

Die Schuldigen

Im Nachkriegsdeutschland hätte Käthe Kollwitz täglich neue Objekte für ihre realistische lebenswarme Darstellung der Armut unseres Volkes finden können. Ihr unnachahmlicher Meisterstift würde dünne Kinderärmchen beim Kohlenraffen, halbwüchsige Jungen und Mädels mit tiefliegenden Hungeraugen an den Feldrinnen, ausgezehnte Mütter auf dem Lande für ihre Kleinsten bettelnd, für die Geschichte festhalten. Zum Vergleich aber müßte noch einer zeichnen: George Grosz. Beißend, kritisch klar, bis ins Mark geschaut, ständen unter seinen messerscharfen Strichen dann die Schuldigen, die dickbäuchigen, fetten Schleich- und Schwarzhändler, die übersatten perfiden Landjunker vor uns, die in Geschichte und Gegenwart höchst verantwortlich für das Elend unseres Volkes sind.

Arm und Reich, Not und Genußsucht, würden, aus der Wirklichkeit reproduziert, den Einzelnen mehr beeindrucken, wie vielleicht folgende Tatsachen aus dem Grau unserer deutschen Tage.

Die ersten Frühkartoffeln werden geerntet und nach Anmeldung auf einem Bürgermeisteramt beschlagnahmt. Nach drei Wochen lagerten diese Kartoffeln noch immer beim Bauern, wodurch ein großer Prozentsatz verdarb. Die hungernde Bevölkerung forderte empört das Landratsamt auf, die Kartoffeln durch Verteilung vor der völligen Vernichtung zu bewahren. Nichts geschah. Daraufhin trat am 7. Juli die örtliche Gewerkschaftsleitung zusammen. Sie wurde beim Landratsamt vorstellig, um die Kartoffeln zu verteilen. Nachdem auch dies abgelehnt wurde, ging sie zur Selbsthilfe und verteilte die Kartoffeln. Die örtliche Polizei griff ein und stellte Strafanzeige durch das Landratsamt gegen die Funktionäre der Gewerkschaften.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Recht oder Unrecht dieser Selbsthilfeeaktion festzustellen. Die Gewerkschaften wollten der Bevölkerung helfen! Was tun aber demgegenüber diejenigen, die die Produktion der Bodenerzeugnisse in Händen haben?

Betrachten wir einige praktische Beispiele aus unserer Zone: Eines der größten Güter ihres Gebiets ist das Hofgut und Gestüt Westerhaus (zwischen Mainz und Bingen). Die Besitzerin ist Irmgard von Opel. Von insgesamt 869 Morgen sind 556 Morgen Ackerland, von denen aber nur 431 Morgen bebaut wurden. Von 44 Morgen Kartoffeln wurden rund 750 dz abgeliefert, 150 Morgen Getreidefrucht brachten für die Allgemeinheit nur 475 dz. Die Erträge von 40 großen Nußbäumen und großen Obstplantagen verblieben dem Hofgut. Von 869 Morgen werden nur 44 Morgen Kartoffeln im Gegensatz zu 160 Morgen Klee bebaut, aber der Milchgewinn der Kühe liegt unter dem Durchschnitt.

„Kleinere“ Junker scheinen nicht hinter Irmgard von Opel zurückstehen zu wollen. In Kettenheim ließ der Landwirt Weintz, Bürgermeister des Ortes während der Nazizeit, seine Felder verwahrlosen und seine Tiere fast zu Grunde gehen. Auf 13 Morgen verfallenen die angebauten Zuckerrüben, rund 1800 Zentner. Der Bauer Löffig in Siefersheim, früherer Nazibürgermeister, baute im Jahre 1946 von 110 Morgen Land 8 Morgen Kartoffeln an. Löffig hat nichts abgeliefert. Seine Felder waren verwahrlost und nicht ertragsfähig. In Schimsheim besitzt eine Weinhandelsfirma etwa 100 Morgen Land. Davon wurden 30 Morgen angeblich mit Klee (1) bepflanzt. Auf einem Hofgut in Erbes-Büdesheim werden auf Riesenflächen (20 ha) in bester Ackererde Tulpen gezogen. Gemüsesamen wurde auf demselben Hofgut angebaut, obwohl die von Frankreich angebotenen Gemüsesamen nicht restlos abgenommen werden konnten.

In Sprendlingen (Bingen) war von der Gemeinde der Anbau von 60 ha Weizen vorgesehen. Ohne Rücksprache zu nehmen oder Erkundigungen einzuziehen, wurden von dem verantwortlichen Leiter des Kreisernährungsamtes in Kaiserslautern, Präsidialdirektor Zapf, verfügt: „Die Gemeinde hat 30 ha Weizen und 30 ha Gerste anzubauen.“ Diese Anweisung wurde, ungeachtet der Tatsache, daß für den vorgesehenen Anbau von 60 ha Weizen das Saatgut vorhanden war, gegeben. Die Verfügung hatte zur Folge, daß 688 Zentner Frucht weniger geerntet wurde, was einer Gesamtmenge von 34400 kg Mehl entspricht.

Der Grundadel und die Fürsten in Baden, Württemberg-Hohenzollern und die Junker in Rheinland-Pfalz sind der Blinddarms des deutschen Volkes, der endlich herausoperiert werden muß, wenn nicht der ganze Volkskörper sterben soll. Mit ihren Lakaien, den gestrigen Naziführern, treiben sie Anbausabotage, lassen die Felder verwahrlosen, machen in Bodenspekulation, Organisieren den Schleichhandel, das Scheibertum, kurzum, keine soziale Handlung ist niedrig genug, um nicht von ihnen in der Desorganisation in der Ernährung benutzt zu werden. Die Uhr der Geschichte hat für diese Droh-

Im Wirtschaftsrat für und gegen den Marshall-Plan

Gegeneinschließung der Kommunisten

Frankfurt. Die zweite Plenarsitzung des Zweizonenwirtschaftsrates wurde am Dienstag mit einer Rede des britischen Militär-gouverneurs Douglas eröffnet. Der Präsident Dr. Erich Koehler verlas eine Resolution, worin der Wirtschaftsrat den Marshall-Plan als Ausdruck des Willens begrüßt, „die Staaten Europas zum ersten Mal in der Geschichte solidarisch zusammenzufassen“. Die Resolution, der die kommunistische Fraktion nicht zugestimmt hatte, schließt: „Der bizonale Wirtschaftsrat ist bereit, für seinen Bereich Sachverständige zur Verfügung zu stellen“. Becker (KPD) verlas eine Gegeneinschließung, in der die Bildung des Wirtschaftsrats als eine Gefahr für Deutschland bezeichnet wird, die zur Aufspaltung und zur politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit führen müsse. Die Voraussetzung müsse ein einheitliches Deutschland mit einer zentralen Verwaltung sein. Einem Zweizonenwirtschaftsrats sei es nicht möglich, die gesamtdeutschen Probleme zu lösen.

„Offene Tür für Rußland“

Washington. In offiziellen Kreisen betont man anlässlich der Erklärungen Ramadier's in Paris die Notwendigkeit, sich um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu bemühen, daß der französische Ministerpräsident mit seiner betonten Forderung nach „einer offenen Tür für Rußland“ neuerdings den Wunsch nach europäischer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unter Beweis gestellt hat und der französischen Tradition, immer alles zu versuchen, um eine Vermittlung herbeizuführen, treu geblieben ist. Man rechnet jedoch in Washington nicht mehr damit, daß Rußland seine Haltung ändern wird.

Einzelne Kommentatoren drücken den Wunsch aus, Frankreich möge seine Politik von nun an nicht darauf gründen, daß die Teilnahme der

Sowjetunion für den europäischen Wiederaufbau unentbehrlich sei, denn die Sowjets wären es, die sich geweigert hätten, an den Arbeiten in Paris teilzunehmen. Sie fügen hinzu, wenn Frankreich und Großbritannien jetzt doch noch eine Teilnahme Rußlands erreichen sollten, so müsse man erwarten, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits die Formulierung ihres Hilfsangebotes abändern.

Fechner warnt

Kassel (Südena) Max Fechner vom Zentralvorstand der SED Berlin erklärte hier auf einer KPD-Versammlung, der Versuch, das kapitalistische Wirtschaftssystem in Deutschland aufrecht zu erhalten, sei sehr gefährlich. Es sei kein Zufall, daß in den westlichen Zonen reaktionäre leitende Stellungen einnähmen. „Ich halte es für falsch“, fuhr Fechner fort, „einzelne Zonen gegeneinander auszuspielen.“

Selbständigkeit der Sowjetzone

Nürnberg (Südena). „Wir arbeiten absolut selbständig in der Sowjetzone und nehmen keinerlei Befehle von Moskau oder sonst woher entgegen“, erklärte der Landtagspräsident der Mark Brandenburg, Friedrich Ebert, Sohn des ehem. Reichspräsidenten, auf einer Pressekonferenz in Nürnberg. Auch in den Westzonen könne man Internierungslager sehen, die man der Sowjetzone so gern vorwerfe. Zur Bodenreform erklärte Ebert, daß 80000 Neusiedlerstellen geschaffen worden seien. Von den angeblich viertausend Neubauern, die wieder davongelaufen sein sollen, seien mindestens 3000 übertrieben. Tatsächlich hätte man in der gesamten Sowjetzone 2,2 Prozent mangels fachlicher und sachlicher Voraussetzungen aus ihren Stellungen wieder entfernen müssen.

Politisches Universitätsgespräch

Minister Willi Feller über Grundsätze der KPD

Die Pressestelle der Universität Mainz über- gibt uns folgenden Bericht:

Unsere Universität veranstaltet öffentliche Aussprache-Abende, für die vorerst das Thema „Die politischen Parteien“ angesetzt ist. Als Vertreter der Kommunistischen Partei sprach der Aufbauminister von Rheinland-Pfalz, Willi Feller, vor den Studenten über die Grundsätze und Ziele der Kommunistischen Partei.

Minister Feller begann seinen Vortrag mit einem Überblick über die deutsche Geschichte. Als eine besondere Tragik der deutschen Vergangenheit schilderte er, daß sich in ihrem Verlauf zufolge einer Reihe politischer Irrtümer niemals die Möglichkeit einer freien sozialen Entwicklung des Volkes gezeigt habe. Als besonderes Beispiel für zahlreiche Versuche einer Befreiung der arbeitenden Klassen vom Druck der Produktionsmittel beherrschenden Schichten nannte er den Bauernkrieg von 1525. Auch dieser Versuch sei fehlgeschlagen am Grundübel der Deutschen: an ihrer ewigen Zersplitterung und Uneinigkeit. Der Dreißigjährige Krieg mit seinen fürchterlichen Folgen böte das Schauspiel, das sich noch oft in der deutschen Geschichte wiederholt habe, wie nämlich fremde Mächte ihre Interessen auf deutschem Boden und mit dem Blute der Bauern und kleinen Bürger der Städte auskämpften. Den Freiherren von und zu Stein bezeichnete Minister Feller als einen der Heroen der deutschen sozialreformerischen Bemühungen. Freilich habe er nur Halbes erreicht, weil seine Gegner, an ihrer Spitze Metternich, sein Werk beizeiten untergraben hätten.

Im 19. Jahrhundert seien die wesentlichen Impulse zu einer sozialen Umwälzung regelmäßig von Frankreich ausgegangen. Doch auch der Versuch ihrer Uebertragung auf deutsche Verhältnisse sei niemals völlig geglückt. Der Idealismus, der die deutschen Revolutionäre, darunter die Studenten vom März 1848 beseelte habe, hätte leider niemals ausgereicht, um ein Vorhaben durchzusetzen, für das die Kommunistische Partei auch heute eintrete: die „Beseitigung der Vorrechte der herrschenden Klasse der Großgrundbesitzer (oder Junker) und der Kapitalisten (oder Industriemagnaten).“

In ihrem politischen Programm stütze sich die Kommunistische Partei unverändert auf das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und auf seine anderen Schriften, ferner auf die Ansichten von Friedrich Engels und die des Historikers des Materialismus: Mehring. Marx verdanke seine Schulung dem dialektischen System Hegels; in beiden Männern sehe die Kommunistische Partei größte deutsche Philosophen, die unser Geschichtsbild definiert hätten und es noch für lange

Zeit maßgeblich beeinflussten. Deshalb müsse die akademische Jugend mit tiefem Ernst Karl Marx studieren.

Das eigentliche Programm der Kommunistischen Partei in der Gegenwart bestehe in einem realpolitischen Abwägen der gegebenen Möglichkeit. Ein wahrer Sozialismus sei auch heute noch nicht zu verwirklichen, so lange Deutschland unter den Direktiven der Besatzungsmächte stehe. Dennoch gelte es, das Unmögliche möglich zu machen in harter, stiller und zäher Aufbauarbeit, zu der alle schaffenden Kräfte des Volkes zusammenstehen müssen.

Zwei große Punkte hätte die Kommunistische Partei in der werdenden Demokratie zu verteidigen. Der erste Punkt sei die Bodenreform. Der zweite Punkt sei eine weitgehende Sozialisierung der großen Industrien, die weder den Privatkapitalisten noch einem Staatskapitalismus, sondern wirklich dem Volke in die Hand gegeben werden müßten.

Die Diskussion, die sich bereits während des Vortrages entwickelte, war außerordentlich lebhaft. Aus dem Auditorium wurden an den Minister eine Reihe von Fragen über das Verhalten der Kommunistischen Partei in der Gegenwart gestellt. Es wurde nach der Stellung der Kommunistischen Partei zur Religion und Religionsausübung gefragt, ferner nach der Stellung der Kommunistischen Partei zur Frage der Oder- und Neißelinie. Minister Feller erklärte, daß die Kommunistische Partei der praktischen Beseitigung der Konfessionen keinerlei Hindernisse in den Weg legen wolle. Was die Frage der Ostgrenze angehe, so denke sie darüber genau so wie über die Westgrenze, daß nämlich eine Revision zu Gunsten Deutschlands unbedingt erstrebt werden müsse.

Im Anschluß daran schilderte Minister Feller, daß die deutsche Kommunistische Partei in ihrer Politik durchaus unabhängig von Moskau dastehe, da sie wie die Kommunistische Partei jedes anderen Landes nicht nur international denke, handle und kämpfe, sondern auch national. Deshalb vertrete sie seit 1945 unentwegt die Notwendigkeit einer zentralen Regierung für Deutschland, die das Unglück einer Zwei- oder Vierzonen- teilung überwinden solle.

Die Diskussion leitete Prof. Hilckman, der sich zum ausgleichenden Vermittler mitunter hart aufeinanderprallender, weltanschaulicher Gegensätze machte. Die Schlußausführungen von Minister Feller gegen das deutsche Grundübel der politischen Zersplitterung fanden den stärksten Beifall der zahlreichen Studenten.

Auch dieser Abend bewies wiederum die Notwendigkeit direkter politischer Aussprache zwischen den politischen Parteien der Gegenwart und der studierenden Jugend.

Tragödie der „Exodus 1947“

Jerusalem. Der Dampfer „Präsident Garfield“, der als Einwandererschiff den Namen „Exodus 1947“ trägt, wollte 450 illegale jüdische Einwanderer nach Palästina bringen und wurde von Einheiten der britischen Flotte auf hoher See abgefangen, wobei es zu Kämpfen kam. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verletzte. In einem Funkgespräch protestierte der Kapitän des Schiffes gegen brutale Verletzung des Völkerrechts durch die britische Marine.

Nach der Einbringung in den Hafen von Haifa sollten die jüdischen Einwanderer unter starker militärischer Bewachung nach Cypern überführt werden. Auf die scharfen Proteste der jüdischen Organisationen und die Proklamation des Generalstreiks in Palästina hin, entschlossen sich die britischen Behörden die Passagiere der „Exodus 1947“ einfach in die europäischen Gewässer zurückzuschicken. Die Passagiere des Schiffes weigern sich, in Frankreich, das ihnen vorübergehend Gastrecht geben will, zu landen und erklärten, sich niemals wieder zu ergeben, wenn auch Blut fließen würde. Als nächstes Reiseziel kommt nun Columbien in Frage.

weil dieses Land in den Pässen als Auswanderungsziel angegeben ist. Columbian hat sich aber bis jetzt geweigert, eine Sammeleinreise- erlaubnis zu erteilen.

Deutsche Jugendvertreter in Moskau
Berlin. (Südena) Fünf Mitglieder des Zentralrates der „Freien deutschen Jugend“ sind nach Moskau abgefahren. Es handelt sich um die erste offizielle Einladung nach Moskau, die Deutschen zuteil wird. An der Reise beteiligen sich drei Mitglieder der SED, Erich Honneger, Heinz Keßler und Edith Baumann, ein Mitglied der LDP, Herbert Geißler und ein Vertreter der Landesverbände der FDJ in der Sowjetzone.

Neue Interzonenpässe

Koblenz. (Südena) Bei der Ausstellung von Pässen für Interzonen-Reisen tritt mit dem 1. August 1947 eine Aenderung ein. Die bisherigen Formulare (in der französischen Zone Laissez passer mit einem blauen Querstrich) fallen weg, auch wenn sie einen längeren Gültigkeitsvermerk tragen. An ihre Stelle tritt ein neuer Ausweis, der allgemein vier Wochen lang gültig ist. Am Zielort kann eine Verlängerung durch die örtlichen Polizeibehörden beantragt werden, die bei entsprechender Begründung für die Dauer von 14 Tagen erteilt wird. Für Geschäftsleute, Angehörige von Behörden oder freien Berufen usw. kann in Zukunft ein Paßpapier mit einjähriger Gültigkeit ausgeben werden. Die Anträge hierfür werden durch die berufsständischen Organisationen wie Handelskammer, Handwerkskammer usw. bearbeitet und an die Paßstellen der Polizeibehörden weitergeleitet.

Reisen in die Schweiz
Wie von Schweizer Seite amtlich mitgeteilt wird, ist der Aufenthalt deutscher Staatsangehöriger in der Schweiz für eine Dauer bis zu drei Monaten möglich. Deutsche Staatsangehörige, die in die Schweiz reisen wollen, müssen jedoch eine Einladung vorweisen, die mit einer Bescheinigung Schweizer Behörden verbunden ist, daß Unterkunft und Verpflegung in der Schweiz gesichert sind. Ferner muß eine Ausreisegenehmigung der Besatzungsbehörden vorliegen, wonach ein Aufenthalt in der Schweiz aus gesundheitlichen Gründen erforderlich ist, außerdem eine politische Unbedenklichkeitsklärung, die von deutschen Dienststellen ausgestellt sein muß, sowie eine Wohnsitzbescheinigung.

UNSER TAG
Volkszeitung für Baden
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1.
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. -
Verlag: Südwest-Verlag -GmbH. (17b) Offenburg,
Hauptstr. 115, Postfach 361, Fernruf 2307. - Erscheint
mittwochs u. freitags. - Bezugspreis monatl. 1,50 Mk
einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Beste geld
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

nen und Parasiten der Gesellschaft zwölf geschlagen. Sie begannen um die Wende des 16. Jahrhunderts, vertrieben die Bauern von ihrem Land, ließen sie durch die Polizei als Bettler und Vagabunden in den ersten Fabriken, genannt „Häuser des Schreckens“, rekrutieren, mordeten im Dreißigjährigen und Siebenjährigen Krieg das deutsche Volk, kartätschten in der 48er-Revolution die Bürger, Handwerker und Arbeiter nieder, organisierten den ersten Weltkrieg, schlugen die Revolution 1918 nieder und sperrten die landlos gewordenen Bauern, die Bergknappen und Gesellen in die „Häuser des Schreckens“ in Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Mauthausen und Lublin. Sie waren entmenscht genug, um noch mit den Resten der Vergasteten kommerzielle Geschäfte zu tätigen. „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.“ Die Schuldigen für die deutsche Katastrophe, die Herren von Kohle und Eisen, die Herren von Grund und Boden, versuchen sich auch dieses Mal der Verantwortung zu entziehen. Sie führen auch in der französischen Zone ein Herrenleben, während das ganze deutsche Volk heimatlos, landlos, wohnungslos und vagabundiert im Westen Deutschlands im wahren Sinne des Wortes durch die Zeit. Es ist noch immer gespalten und zerrissen. Nur ein-

heitlich und geschlossen wird es in der Lage sein, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und den Neubau unseres Landes ohne und gegen die Herren von gestern im Wege einer volksdemokratischen Planung des Gesamt- lebens zu sichern.

Volkentscheid über Bodenreform

Düsseldorf. Nach Ablehnung der von der britischen Militärregierung für ihre Besatzungszone geplanten Bodenreform durch sämtliche Parteien im Zonenbeirat, richtete die Zonenleitung der Kommunistischen Partei das Ersuchen, um einen Volkentscheid über diese Frage an den Kontrollrat in Berlin. Sie betont, daß es nicht richtig wäre, wenn die Militärregierung nach der Ablehnung ihrer Vorlage von sich aus ein Gesetz zur Bodenreform erlassen würde. Es müsse die ganze Bevölkerung der Zone befragt werden und diese selbst müsse entscheiden. Das Grundgesetz zum Volkentscheid, das die Zonenleitung zur Befürwortung vorlegt, sieht die Enteignung des Bodenbesitzes über 100 ha oder einem Einheitswert von über 130 000 Mark vor. Großgrundbesitz von Fürsten, Militaristen, Naziaktivisten, Kriegsverbrechern soll entschädigungslos enteignet werden.

Aussprache mit der Justiz

Euthanasie-Prozess Graefneck - Für Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung

Einer in den Spalten UNSERER TAG geäußerten Anregung entsprechend, fand in den Räumen des Badischen Justizministeriums in Freiburg eine Justizpressekonferenz statt, bei der Staatssekretär Streng und Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Bader zu den Problemen, vor die sich die badische Strafrechtspflege gestellt sieht, Stellung nahmen und in erfreulich offener Weise auf Fragen, die von den erschienenen Vertretern der südbadischen Zeitungen angeschnitten wurden, Auskunft erteilten.

Einen breiten Raum nahm in den Erörterungen die Frage der strafrechtlichen Verfolgung der durch das bekannte Kontrollratsgesetz Nr. 10 unter Strafe gestellten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Man erfuhr, daß seit dem 1. Januar 1947 im Bereich der südbadischen Justiz bisher 12 Fälle mit insgesamt 27 Beteiligten abgeurteilt worden sind und daß zur Zeit Verfahren in weiteren 73 Fällen mit etwa 160 Beteiligten anhängig sind. Es wurde betont, daß, soweit möglich, in diesen Verfahren außer dem Kontrollratsgesetz auch das deutsche Strafrecht herangezogen wird, um damit zu dokumentieren, daß auch die deutsche Rechtspflege Handhaben zur Ahndung solcher Verbrechen bietet. Nur bei den Denunziationen kann das leider nicht geschehen, da deren strafrechtliche Verfolgung erst seit Erlaß des Kontrollratsgesetzes möglich geworden ist.

In diesem Zusammenhang wurde mitgeteilt, daß das Verfahren in Sachen der Massenmorde an Insassen badischer Heil- und Pflegeanstalten in der Vergasungskammer von Graefneck, von deren Art und Umfang breitere Schichten der Bevölkerung durch die Veröffentlichungen in UNSEREM TAG erfahren haben, beschleunigt werden wird, so daß nach den vorausgegangenen Euthanasie-Prozessen von Hadamar, Sonnenstein usw. in absehbarer Zeit auch die grauenvollen Verbrechen von Graefneck ihre Sühne finden sollen. Wie Professor Dr. Bader ausführte, sieht die badische Strafrechtspflege neben der Ahndung jener zur Hitlerzeit begangenen schweren Verbrechen eine ihrer Hauptaufgaben darin, mit allen Mitteln und nachdrücklich für Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung auf allen Gebieten einzutreten und die bedauerlichen Folgeerscheinungen der unter den Einwirkungen der Zeiterscheinungen ins Wanken geratenen Moral öffentlicher Dienststellen zu bekämpfen. Besonders liegt ihr ferner die Bekämpfung des Schwarzen Marktes am Herzen.

Nach Erörterung einer Reihe von Einzelfällen, die der Öffentlichkeit in mehr oder minder großem Maße Anlaß zur Kritik geboten hatten, wurde allseits die Ersprißlichkeit derartigen Aussprachen zwischen Justiz und Presse festgestellt und ihre Wiederholung seitens der berufenen Vertreter der südbadischen Justiz zugesagt. Als geeignetes Mittel zur Aufrechterhaltung eines wünschenswerten engeren Kontaktes zwischen Justiz und öffentlicher Meinung soll die Schaffung einer Justizpressestelle in Erwägung gezogen werden.

Wir knüpfen an diese fruchtbare Begegnung eines Ministeriums mit der Presse den Vorschlag, daß auch die übrigen hohen Behörden durch Pressekonferenzen engere Verbindung mit der Öffentlichkeit aufnehmen.
Redaktion

Zuständigkeit der Schöffen

Baden-Baden. Der französische Oberbefehlshaber in Deutschland hat eine Verordnung über die Neuorganisation der Amtsgerichte und die Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffen erlassen, in der es heißt: „Die Länderregierungen haben eine Verminderung der Zahl der Amtsgerichte in ihren Ländern auszuführen unter Berücksichtigung des Umfanges der Bevölkerung und der gerichtlichen Tätigkeit. Sie haben unter denselben Bedingungen eine Verminderung der Zahl der Amtsrichter vorzunehmen. In Durchführung dieser Maßnahmen können mehrere Amtsgerichtsbezirke der Gerichtsbarkeit eines einzigen Amtsrichters unterstellt werden. Schöffen können durch den Justizminister zu Hilfsrichtern delegiert und bei einem Amtsgericht, dessen Zusammenlegung angeordnet worden ist, bestellt werden. Diese Schöffen müssen jedoch die Voraussetzungen der Eignung und der juristischen Befähigung erfüllen, die von den Ländern bestimmt werden.“

Im Rahmen des ihnen übertragenen Aufgabenkreises oder in Zusammenarbeit mit dem Amtsrichter, dem sie beigeordnet sind, haben die zu Hilfsrichtern bestellten Schöffen eine eigene Zuständigkeit, die durch die Länderregierungen festzusetzen ist. Sie sind grundsätzlich Vergleichsrichter in allen Zivilsachen, die zur Zuständigkeit des Amtsgerichts gehören, und in allen Privat-

klageverfahren. Sie können in allen Zivil- und Strafsachen im Rahmen der ihnen zuerkannten Zuständigkeit Entscheidungen erlassen, die im Berufungsverfahren angefochten werden können. Sie können außerdem an Stelle des Amtsrichters und unter seiner Kontrolle die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bearbeiten.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Bei dem in unserer letzten Nummer dieser Ueberschrift berichteten Fall handelt es sich um den vor der Strafkammer des Landgerichts in Hechingen verhandelten Prozeß gegen den ehemaligen Landrat Schrämeier, der an den im Jahre 1941 und 1942 durchgeführten Raubungen, Deportationen und barbarischen Ausrottungsmaßnahmen der im Kreis wohnhaften Juden amtlich beteiligt war. Die Anklage lautete auf Mitwirkung bei einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit (oder Junker) und der Kapitalisten (oder Industriemagnaten).

In ihrem politischen Programm stütze sich die Kommunistische Partei unverändert auf das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und auf seine anderen Schriften, ferner auf die Ansichten von Friedrich Engels und die des Historikers des Materialismus: Mehring. Marx verdanke seine Schulung dem dialektischen System Hegels; in beiden Männern sehe die Kommunistische Partei größte deutsche Philosophen, die unser Geschichtsbild definiert hätten und es noch für lange

Großindustrie finanzierte Hitlerwahlen

Schacht als Zeuge
Nürnberg. Schacht, der im Prozeß gegen Friedrich Flick und fünf Direktoren seines Konzerns aufgerufen wurde, sagte aus, die Industrie sei immer bestrebt gewesen, mit den jeweiligen Machthabern des Staates zu gehen. Flick habe, wie alle übrigen Großindustriellen, sich den Parteien zugewandt, die ihm den nötigen Rückhalt gaben.

Zu dem Wahlfonds für die Märzahlen 1933 habe Göring die Vertreter der Großindustrie aufgefordert. Damals habe Hitler der Industrie versprochen, ein freies Unternehmertum zu garantieren und Streiks und Aussperrungen aufzuheben. Daran sei die Großindustrie interessiert gewesen und die Industriellen hätten die Politik immer nur benutzt, um ihr Unternehmen zu stützen. Krupp von Bohlen und Halbach habe erklärt: „Ja, wenn Sie uns eine solche Politik versprechen, sind unsere Interessen geschützt und wir werden Sie unterstützen.“ Hierauf seien drei Millionen Mark gezeichnet worden.

Hungerstreik in Griechenland

Athen. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die in den Athener Polizeikommissariaten inhaftiert sind, traten am Mittwoch zum Protest gegen Mißhandlungen in den Hungerstreik.

Welt-Chronik

STEYR. Ein amerikanisches Militärgericht in Dachau verurteilte zwei ehemalige Führer der Wachmannschaft des KZ-Lagers Steyr-Obersterreich zum Tode, die Häftlinge erschossen oder sonst ermordet hatten. Weitere Angeklagte wurden zu Zuchthaus bis zu 15 Jahren verurteilt.

ANKARA. Die amerikanische Militärmission, die die Verhandlungen über die amerikanische Hilfe für militärische Zwecke in der Türkei durchgeführt hat, reiste wieder ab.

MAILAND. Von Unbekannten wurde ein Anschlag gegen das Gebäude der „Uomo qualunque“-Partei verübt.

WASHINGTON. Der Direktor der Kontrolle für Auslandsguthaben in den USA erklärte, daß ein Großteil der als neutrale Guthaben angegebenen Bankguthaben in Wirklichkeit verschleierte deutsche Naziguthaben seien.

LONDON. Am letzten Freitag wurden die indischen Staaten Pakistan und Hindustan offiziell als souveräne Staaten erklärt. Damit hat das Dominion Indien aufgehört zu bestehen.

ROM. Vier Bozener Bergsteiger, die sich verstreut hatten und zwei Tage unterhalb einer 600 Meter hohen Wand festsaßen, konnten gerettet werden.

BOMBAY. 71 Personen des Dampfers „Ramdas“, der bei starkem Sturm unterging, konnten bisher von den 113 Personen des Schiffes gerettet werden.

LONDON. Der „Rat der Juden und Christen Englands“ hält vom 26. 7. bis 5. 8. einen Kongreß zur Bekämpfung des Antisemitismus in Europa in Seelberg am Viermüchtausseebach für Oesterreich.

WIEN. Der Viermüchtausseebach für Oesterreich beendete die Debatte über das Erdölproblem.

BERN. Die Stadt hat in der schweizerischen Aktion zugunsten kriegsbeschädigter russischer Kinder im Mai und Juni 20 000 Franken gespendet, weitere 7000 Franken wurden auf das Postcheckkonto der Vereinigung eingezahlt. Die Kinder erhalten dafür schweizer Waren.

ANKARA. Im Hafen von Istanbul ist ein britisches Geschwader zu einem offiziellen Besuch eingetroffen.

Deutschland-Rundschau

EXHUMIERUNG ZAHLREICHER LEICHEN bei dem ehemaligen „Arbeitslager“ Nordmark bei Lager von den Nazis als Vernichtungslager verwendet wurde.

DREIUNVIERTEL MILLIONEN MARK kostet die Wiederauftragung des Berliner Waldes im ersten Aufbauschritt 1947/48. Alle kahlschlagene Flächen sollen in einem Fünfjahresplan wieder aufgeforstet werden.

FÜR EINREISE AUSLÄNDISCHER GESCHAFTSLEUTE nach Deutschland bestand für Juli eine Quote von 200 Genehmigungen.

EINE DEUTSCHE DELEGATION nahm an der Tagung für die Rheinschiffahrt in den Haag neben Vertretern der USA, Großbritanniens, Schweiz, der Niederlande, Frankreichs und Belgiens teil.

2570 LEBENSMITTELKARTEN GESTOHLEN wurden in der Nacht vom letzten Mittwoch auf Donnerstag im Ernährungsamt Riedenburg (Oberpfalz).

ALS ZWEITE BREMER ZEITUNG erhielt die „Nordsee-Zeitung“ ihre Lizenz.

ALS 14. ZENTRALVERWALTUNG IN DER SOWJETZONE wurde von der Sowjet-Militäradministration die „Deutsche Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel“ bestätigt.

EINEN VERBODEN FERIENAUFENTHALT werden 150 000 sächsische Kinder durch die Volkssolidarität in der Sowjetzone verbringen. Sie werden in Heimen und Privathäusern untergebracht und durch die „Freie deutsche Jugend“ versorgt.

GEGEN DIE STROMSPERRE in der Industrie protestierten die Kölner Gewerkschaften beim Verwaltungsrat der Bizone in Minden.

STADT UND KLOSTER MAULBRONN in Württemberg-Baden feierten ihr 800jähriges Bestehen.

EINE EXPLOSION IM KOMMANDO DER SCHUTZPOLIZEI in Berlin brachte einen Flügel des Gebäudes zum Einsturz. Bis jetzt wurden 6 Tote geborgen.

Der unheilvolle Schnitt der „Südwestdeutschen“

Hetze und Schwindel über die Wirtschaftspolitik in der Ostzone

Die Parteizeitung der CSV die „Südwestdeutsche Volkszeitung“, die seit einiger Zeit in einem Teil ihrer 18 Ausgaben wieder den Untertitel „für christliche Politik und Kultur“ führt, treibt immer ausgesprochenere eine antibolschewistische Hetzpolitik. Was sich nur irgendwie gegen die Ostzone und UdSSR aufreiben läßt wird dort in ganz bewußter Stimmungsmache sorgsam registriert. Das ist eine schlechte Einstellung für die Zeitung einer demokratischen Partei, um ganz vom Christentum zu schweigen.

In welcher unsachlicher, ja geradezu irreführender Weise in der „Südwestzeit“ berichtet wird, sei an einem Beispiel herausgegriffen. Es handelt sich um einen Artikel des verantwortlichen Wirtschaftsredakteurs Dr. Erich Götz in Nr. 47 mit dem Titel „Der unheilvolle Schnitt“, in dem er gegen eine Rede des sächsischen Wirtschaftsministers Selbmann polemisiert, weil dieser „eine unheilvolle Spaltung zwischen der Ostzone und der Westzone“ noch vergrößere. Minister Selbmann wird angeklagt, er habe zwar auf der Leipziger Messe von der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands gesprochen, sei aber nun verärgert, weil sein „wirtschaftliches Dogma“ nicht die Erfolge zeitige und erstrebe deshalb Handelsbeziehungen der Ostzone zu Polen und der Tschechoslowakei, denn dort lägen die natürlichen Reserven.

Diese Berichterstattung ist absolut unwahr. Wir haben uns die Mühe genommen, den Vortrag von Minister Selbmann (Dresden), den er am 14. Mai auf der Wirtschaftskonferenz der Industrie- und Handelskammer Sachsen über „Aktuelle Fragen unserer Wirtschaft“ gehalten hat, im Wortlaut einzusehen. Es handelt sich um einen über jeder Polemik stehenden sachlichen Vortrag, der die gesamten Probleme der deutschen Wirtschaftspolitik darlegt und den vollen Ernst der deutschen Situation ungeschminkt zum Ausdruck bringt. Vor allem aber sind hier konstruktive Gedanken enthalten, die auf eine Planung und Organisation der gesamtdeutschen Wirtschaft hinausgehen. Er bietet eine Fülle besten wirtschaftlichen Tatsachenmaterials. Was den Vortrag besonders auszeichnet, sind die kritischen Ausführungen über Fehlerhaftes und Unvollständiges im Wirtschaftsaufbau der sowjetischen Zone, der etwas grundsätzlichen Neues in der bisherigen deutschen Wirtschaftspolitik ist, und darum eine entsprechende Anlaufzeit erfordert.

In einem Kapitel des Vortrages sind die Handelsbeziehungen nach dem Osten behandelt, wobei Selbmann erklärte, daß in der Ostzone alles getan werde, um eine Aufspaltung Deutschlands in zwei Teile zu verhindern. Also gerade das Gegenteil, was die „Südwestzeit“ in ihrem Bericht behauptet. Wörtlich heißt es: „Wir werden unentwegt kämpfen um die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und wir werden die Verbesserung der Versorgung der östlichen Zone mit Rohstoffen

und den notwendigen Hilfsmaterialien durch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands erstreben. Aber wir können uns, glaube ich, darauf nicht beschränken. Wir müssen nach anderen Möglichkeiten der Rohstoffversorgung der Ostzone suchen, und ich stehe nicht an, auf dieser Konferenz zu erklären, daß ich glaube, es ist an der Zeit, sich daran zu erinnern, daß das natürliche Reservoir der industriellen Ergänzung der gesamten deutschen Wirtschaft nicht im Westen, sondern im Osten liegt. Während im Westen im wesentlichen deutsche Kapitalinteressen liegen, liegen im Osten die Interessen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes.

Bei aller Verschiedenheit einer Politik, die auf eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichtet ist, bei aller Schärfe des Kampfes gegen Tendenzen einer Aufspaltung Deutschlands glaube ich, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir Deutschland und der deutschen Wirtschaft einen Dienst leisten, wenn wir heute schon die Frage der Ergänzungswirtschaft gegenüber dem Osten für aktuell und auf der Tagesordnung stehend erklären. Nehmen wir ein einziges konkretes Beispiel. Wir haben heute einen Verbrauch von monatlich 446 000 Tonnen Braunkohlebriketts für unsere Reichsbahn. Wenn es uns gelänge, den Bedarf der Deutschen Reichsbahn an Brennmaterial aus Lieferungen oberschlesischer Steinkohle zu

decken, das heißt monatlich 200 000 Tonnen oder jährlich 2,5 Millionen Tonnen Steinkohle aus Oberschlesien zu beziehen, würde das bedeuten, daß allein für unsere Wirtschaft in der Ostzone 450 000 Tonnen Braunkohlebriketts im Monat, das sind für Sachsen mehr als 200 000 Tonnen im Monat, mehr zur Verfügung stehen würden. Ich sage, wir können nicht länger darauf warten, ob wir von Klöckner, Mannesmann oder dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf 100, 200 oder 500 Tonnen Eisen gnadenweise bekommen. Ich glaube, wir müssen daran denken, den Bezug von Eisen und Stahl und Walzwerkzeugnissen aus dem Osten auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, die sich durch normale Handelsbeziehungen zu Polen, der Tschechoslowakei und zu den Balkanländern ergeben, zu ventilieren.

Glauben Sie ja nicht, daß ich nun, nachdem im Westen dieses Ziel der Aufspaltung Deutschlands propagiert wird durch Eingliederung der westlichen Zonen in das französische oder englisch-amerikanische Wirtschaftsgebiet, durch Handelsabkommen usw., mit der Eorderung einer Abspaltung der Ostzone und einseitiger Orientierung nach dem Osten auftreten wollte. Ich habe schon einmal erklärt: **Wir wollen weder eine östliche noch eine westliche Orientierung der deutschen Wirtschaft, sondern wir wollen eine deutsche Orientierung!** Die konkrete Aufgabe, die ich also stelle, ist, daß wir anstreben müs-

Durch Selbsthilfe zur Demokratie

Über alle Schwierigkeiten und bürokratischen Schranken hinweg müssen sich Arbeiter und Bauern zu sofortigen Notstandsmaßnahmen zusammen finden, wenn das Volk nicht rettungslos in der Wirtschaftsnote versinken soll. Die gemeinsame Haltung des Badischen Landw. Hauptverbandes und des Badischen Gewerkschaftsbundes im Landeswirtschaftsrat in Sachen der Bodenreform hat gezeigt, daß die Verbindung zwischen Bauern und Arbeitern an der Spitze angebahnt ist. Dasselbe Erkenntnis beginnt sich in anderen Teilen Deutschlands durchzusetzen als Zeichen einer natürlich wachsenden Wirtschaftsdemokratie außerhalb des unfruchtbaren bürokratischen Sektors.

In Karlsruhe fand eine gemeinsame Konferenz des Ortskartells des Gewerkschaftsbundes und des Kreisbauernverbandes statt. In einer Entschließung stellte sich die Versammlung die Aufgabe der Bekämpfung des Zwiespalts zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Kontrolle des Eisenwarengroß- und Kleinhandels, der Industrieproduktion und der Sicherung der Maschinen und Geräte für die Landwirtschaft zu normalen Preisen. Die Vertreter der Arbeiter und Bauern beschlossen, die angebahnte Gemeinschaftsarbeit zielbewußt fortzusetzen und so zu einem Beispiel werden zu lassen, die sich auf alle Kreise und Länder der Zone ausdehnen muß. In Bayern wurde vom Arbeitsausschuß Gewerkschaftsbund - Bauernverband die Errichtung eines Arbeiter - Bauernsekretariats be-

schlossen, das als erstes ein gemeinsames Programm zur Behebung der Wirtschaftsnot auszuarbeiten hat.

Selbsthilfe ist die beste Schule der Demokratie. Aus der zwingenden Notlage der Selbsthilfe heraus wuchsen die mächtigen Volksbewegungen der Gewerkschaften und Genossenschaften. Durch die Verbindung der landwirtschaftlichen Arbeit mit der Gewerkschafts- und Genossenschaftsarbeit wird der wirtschaftsdemokratische Gedanke auch auf dem Land stärker verankert. Wie wir beim Bundestag der badischen Gewerkschaften gehört haben, soll die von den Spitzenverbänden angebahnte Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Bauern von den tragenden örtlichen Organisationen übernommen und weitgehend ausgebaut werden. Wenn hierzu die Arbeitsgemeinschaft zwischen ländlichen Genossenschaften und Konsumgenossenschaften tritt, dann haben wir den praktischen Anfang einer aus dem Volkswillen wachsenden Wirtschaftsdemokratie.

Wir Kommunisten begrüßen diese Entwicklung, weil sie unsere seit dem Zusammenbruch des kapitalistisch-autoritären Hitlerregimes immer wieder erhobenen Forderungen der Verwirklichung näher bringt. Wir haben unermüdet den Weg der demokratischen Gesundung gezeigt, und wir werden in unserer Partei- und Pressearbeit alles tun, um an der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie mitzuwirken und wegwiesend zu wirken.

Verschwundene Schuhe?

Wie der Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes auf dem Bundestag bekannt gab, hat die Militärregierung von den zugesagten 650 000 Paar Schuhen vorläufig 240 000 Paar freigegeben. Von diesen sollen aber nur 75 000 greifbar sein. Wo ist der Rest geblieben? Gibt es schwarze Lager in Baden? Wir erwarten von den zuständigen badischen Dienststellen, von den Fachverbänden und von der Lederzentrale, daß alles getan wird, um der werktätigen Bevölkerung die dringend benötigten restlichen 165 000 Paar Schuhe zu verschaffen. Von Seiten der Gewerkschaften sind die Betriebsräte der betreffenden Betriebe aufgerufen, sich dabei maßgebend einzuschalten.

sen, den Bezug von Kohle, Eisen, Stahl und anderen Materialien aus den benachbarten, sich in einer demokratischen Entwicklung befindlichen Ländern des Ostens und Südostens, um damit auch Deutschland die Möglichkeiten einer natürlichen Ergänzung seiner Wirtschaft nach dem Osten für die Zukunft zu erhalten und zu sichern.“

Man greift sich an den Kopf, wieso ein Wirtschaftsredakteur aus diesem klaren und ersten Gedankengang das gerade Gegenteil herauslesen kann und den sächsischen Minister unheilvoller Spaltungspolitik zu bezichtigen die Stirn hat. Die deutschen Wirtschaftsprobleme sind außerordentlich schwer und jede Meinung, die heute dazu geäußert wird, darf natürlich kritisiert und angegriffen werden. Das ist das gute Recht für jeden, der etwas Gescheites zu sagen hat. Die sachlich begründeten Äußerungen anders Denkender zu entstellen und ins Gegenteil zu verkehren, ist eine Methode, die von einer sauberen Journalistik ganz entschieden abgelehnt werden muß. Sachlichkeit und Wahrheit sollten heute die Voraussetzung jeder Betätigung in der Presse sein.

Was die „Südwestzeit“ hier betreibt, ist ein „unheilvoller Schnitt“ in die sachliche und saubere Journalistik, die heute mehr denn je nach den zwölf Jahren Nazihetze und Naziverleumdung not tut.

Deutsche Druckerzeugnisse als Exportgüter

Bielefeld. In 50 buchgewerblichen Betrieben der Stadt sollen monatlich 100 000 Schulbücher und 500 000 andere Bücher hergestellt werden, womit Bielefeld zu einem Zentrum des Buchgewerbes in der britischen Zone wurde. Wie die Internationale Presseaus-tausch-Gesellschaft mitteilt, hat sie der Militärregierung einen Exportplan vorgelegt, nach dem allein die Verleger der britischen Zone 40 000 Bücher zu Ausfuhrzwecken zur Verfügung stellen. Europäische und südamerikanische Agenturen würden Interesse an deutschen Bucherzeugnissen zeigen.

Englische Arbeiterinnen für gleichen Lohn

London. In der englischen Industrie, insbesondere im Bekleidungs- und in der Strumpfwarenindustrie fehlt es an Arbeitskräften. Der Werbefeldzug des Arbeitsministeriums zur Gewinnung weiblicher Arbeitskräfte hat nur geringen Erfolg gehabt, zumal die Frauen erklären, daß sich die Regierung geweigert habe, Männer und Frauen bei gleicher Arbeit gleich zu entlohnen.

Anton Saefkow, der Illegale

Am 22. Juli wäre er 44 Jahre alt geworden: Anton Saefkow, Organisator der größten deutschen Widerstandsgruppe gegen die Barbarei. „Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästel (seine beiden engsten Mitarbeiter) traten schon früh der kommunistischen Partei bei, wurden Funktionäre und übten bedeutende Funktionen in der Arbeiterbewegung aus...“ Dies der Beginn der Urteilsbegründung des „Volksgerichtshofs“: einer „Urteilsbegründung“, die das Epos dreier der Größten aus den Reihen der Illegalen singt. Drei wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ Vorbestraften öffnet sich um den Anfang des großen Völkermordens das KZ-Tor, man glaubt sie „gehellt“, klein geworden - aber die wiedergewonnene „Freiheit“ ist ihnen nicht wahre Freiheit; für diese gilt es indes zu kämpfen: einen mutigen, gefährlichen Kampf, fortwährend auf das Quivive der Häscher gefaßt, auf Inquisition und Peloton oder Guillotine... im Glauben daran, daß es ein anderes Deutschland gibt, dem Friede und nicht Mord Gesetz ist, Humanität statt Terror und Entmenschung!

Saefkow, Jacob, Bästel: drei junge Menschen, aufrecht, konsequent, couragiert. Saefkow hat, wenn er lacht, das Gesicht eines unbekümmerten Knaben.

Sie suchen Gleichgesinnte, werben Mitarbeiter, agitieren in Rüstungsbetrieben, knüpfen Verbindungswege bis in die vordersten Frontlinien. Da - 1942 - gerät einer von ihnen, Bästel, erneut in die Fänge der Gestapo. Aber dies ist kein Rückzugssignal: die beiden anderen übernehmen Bästels Aufgaben mit, die sie ihm Anfang 1944, nach seiner Flucht aus Plötzensee, wieder übertragen werden.

Sie errichten Kadern und Gruppen in den Berliner Großbetrieben. Sie schulen Funktionäre, setzen sie in den Betrieben ein. Sie verfassen und vervielfältigen Agitationsschriften, versenden sie an alle Fronten. Sie bilden einen besonderen Apparat für die Beschaffung von Nachrichten, Waffen und Ausweispapieren für illegal lebende Antifaschisten. Sie stellen Beziehungen zu anderen kommunistischen und zu sozialdemokratischen Widerstandsgruppen her, zu naziseigenen Bürgerlichen: in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Landsberg, Dresden, Leipzig, in Thüringen und Schlesien... Ihr Ziel: Beseitigung der Tyrannei; Bildung einer demokratischen Volksregierung, schnellste Beendigung des Krieges.

Es klingen Namen wie Reichwein, Leber (sozialdemokratischer Reichstagsabg.), Emmerich (kommunistischer Reichstagsabg.), Pfarrer Schmidt, Kam-

mersänger Neumann, Georg Schumann auf; in den Heinkel- und AEG-Werken, bei Blom & Voß, Telefunken, Siemens, Osram, Askania, Erich & Graetz werden Kadern errichtet, in der Veltener und der Wittenauer Maschinenfabrik, den Arguswerken, den Tegeler Gaswerken, in den Industriegruppen Leder und Graphisches Gewerbe, bei Ullstein, im Luftwaffen-Bekleidungsamt; Fäden werden gesponnen zu den Häftlingsorganisationen in den KZ, zur... Propagandaabteilung des OKW (Unteroffizier Werner)! Um die illegale Arbeit zu finanzieren, werden durch die Betriebsgruppen Sammlungen durchgeführt, die - wie die Urteilsbegründung des Blutgerichts angibt - beispielsweise im Mai 1944 einen Betrag von mehreren tausend Reichsmark ergaben. Eine Spur der Organisation führt zu den Männern des 20. Juli. Aber diese geben sich der individualistischen Illusion hin, auf die Mitarbeit der antifaschistischen, demokratischen Kräfte des Volkes verzichten zu können; machen die Widerstandszelle zum Klüngel; richten sich selbst...

Verrat indes ist es, der die Männer der „Gruppe Saefkow“ richtet. Das Urteil des „Volksgerichtshofs“ setzt ihnen ein erstes Denkmal.

... wie sie offen bekennen, kam es allen Angeklagten darauf an, durch ihre organisatorische, agitatorische und propagandistische Arbeit die gewaltsame Beseitigung des ihnen verhassten nationalsozialistischen Staats herbeizuführen.

„Sie sind von tiefem Haß gegen Adolf Hitler und den nationalsozialistischen Staat erfüllt und haben daraus selbst in der Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof keinen Hehl gemacht...“

„Die wegen Vorbereitung zum Hochverrat von ihnen verübten Strafen haben ebensowenig Eindruck bei ihnen hinterlassen wie ihre nachfolgende Haft im Konzentrationslager. Sie haben die kommunistische Partei und andere Widerstandsgruppen in einem derartigen Umfang wieder aufgebaut und die Wehrmacht zu zersetzen versucht, daß hieraus für das nationalsozialistische Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschwoeren wurden.“

Sie wurden hingerichtet. Aber ihre Tat lebt, wird fortleben im Kampfe der geeinten demokratischen Kräfte gegen Rückschritt und Krieg.

Peter Reimann

„Typisch bolschewistische Niedertracht“

Im Osten gefallen - aber er lebt noch

Am 21. Dezember 1941 fiel bei einem Artillerie-Regiment im Osten der Gefreite Fritz Markstähler aus Schopfheim.

Etwas 14 Tage später wurde an der Ostfront ein bolschewistisches Flugblatt mit der Ueberschrift „Gefangenschaft ist die Rettung des deutschen Soldaten“ abgeworfen. Darin wurde u. a. diese von Markstähler stammende Erklärung veröffentlicht, der nach „einwandfreien Feststellungen für Führer, Volk und Vaterland gefallen war“. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „Ich bin schwindsüchtig, habe einen Magen- und Darmkatarrh, in der Armee habe ich den Bauchtyphus überstanden und habe mir die Beine erfroren, und doch hat man mich in den Kampf gejagt. Ich bin froh, daß es mir gelungen ist, daß ich dieser Hölle entronnen bin und mich gefangen geben konnte. Viele deutsche Soldaten träumen von der Gefangenschaft als ihre Rettung.“

Die Angehörigen des Gefreiten Markstähler hatten natürlich die Todesanzeige erhalten und die Nazipresse tobte. „Markstähler ist gefallen“, schrieb DER ALEMANNE in Karlsruhe, der die Todesanzeige und oben zitiertes Flugblatt unter der Ueberschrift „Typische bolschewistische Niedertracht“ veröffentlichte. „Dies“, schrieb er wörtlich, „ist nur einer von zahllosen Fällen nachgewiesenen schamlosen Mißbrauchs des ehrlichen Namens eines braven Soldaten. Der Vorgang ergänzt das Bild, welches der deutsche Soldat seit dem 22. Juni 1941 durch zahllose Eindrücke gewonnen hat. Es sind Verbrecher, welche den Bolschewismus inszenieren und führen. Der Kampf der deutschen Wehrmacht schützt die Welt vor dem abgründigen Gesindel, das je im politischen Leben der Völker in Erscheinung getreten ist.“

Solche Notizen und Hetzartikel taten damals ihre Schuldigkeit gegen die Bolschewisten. Was aber ist die Wahrheit? In diesem Fall z. B., daß Markstähler tatsächlich in Gefangenschaft geriet und nun viel später einen Brief seinen Angehörigen schreiben konnte. Der Brief, der in Schopfheim eintraf, hat folgenden Inhalt:

Meine liebe Mutti, liebe Geschwister und liebe Großeltern! Es ist mir eine große Freude, Euch einen

Brief schreiben zu können. Am 21. Dezember 1941 geriet ich in russische Kriegsgefangenschaft. Gesundheitlich geht es mir noch sehr gut, mein Herzenswunsch ist es, daß ich dieses auch von Euch hoffen darf.

Liebe Mutti! Wieviel Sorgen hast Du Dir meinewegen wohl gemacht? Leider hieß es ja immer durch die deutsche Propaganda, daß die „Rote Armee“ keine Gefangenen macht. Und wenn man Dir nun Nachricht gesandt hat, daß ich in Gefangenschaft gekommen bin - oder weiß Gott, was man Dir mitteilte - so wird Deine Sorge und Angst groß gewesen sein. Ich bin aber vom Tage meiner Gefangennahme bis heute immer gut behandelt worden. Im November 1942 sprach ich von Moskau aus im Rundfunk in einer Sendung zur Front und Heimat. Aber da Ihr ja den Moskauer Rundfunk nicht hören dürft, wirst Du ja leider auf diese Art nicht erfahren haben, daß ich noch lebe. Bei meiner Gefangennahme ist mein Name auch mit auf ein Flugblatt gesetzt worden. Ist vielleicht eines davon in Eure Hände gekommen -?

Einen Teil der Gefangenschaft war ich in einem Arbeitslager. Dort habe ich mit meiner Arbeit einen Teil dessen gut gemacht, was wir in Rußland zerstörten. Eine Zeitlang war ich auch mal Sanitäter, so verging die Zeit. Wir tun hier unsere Arbeit, und versuchen, nun als ehrliche Arbeiter das Vertrauen und die Achtung Rußlands zu erwerben.

Seit dem Herbst 1942 habe ich mich viel mit Politik befaßt. Die richtige Aufklärung fand ich durch die Propaganda-Abteilung und im antifaschistischen Aktiv Denna. Da wir unsere Heimat neu aufbauen wollen für ein friedliches Dasein, müssen wir zuerst erkennen, welche Bedingungen dafür Voraussetzung sind.

Ich schließe mit den herzlichsten Grüßen und Küßchen, und bleibe Dein Sohn, Euer Bruder und Enkel.

Abs. Kgf. Fritz Markstähler, Rotes Kreuz, Moskau 395/6. Fritz

Neues Schrifttum

Aus der Praxis der Betriebsräte - Tatsachen, Erfahrungen, Aufgaben
Herausgeber: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Berlin - 1946 - 31 Seiten
Dem Betriebsrätegesetz wird Leben verliehen!
Herausgeber: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Berlin - 1947 - 48 Seiten

Der General erholt sich

Die eingestürzte Welt schien mit einem Male wieder eingereicht: jedenfalls hatte der seit Kriegsende unbeschäftigte General diesen Eindruck. Er beschloß, gleich in der Straßenbahn (er wußte überhaupt nicht so recht, wie er in diese Straßenbahn gekommen war) zu erproben, ob der alte Geist noch lebte. Der Schaffner, der ein gelangweilt-demokratisches, also ein den General höchst aufreizendes Gesicht zeigte, reichte mit einer saloppen Handbewegung den Fahrchein und kassierte mit nonchalanter Grazie die zwei Groschen. Die Mütze hatte er schief auf dem Ohr. „Hacken zusammen!“ schrie der General, Blitzschnell riß der Schaffner die Hände an die Hosennaht, und auch die übrigen Fahrgäste nahmen erschrocken Haltung mit korrekter Blickwendung ein. „Zwanzig Mall!“ befahl der General, und der Schaffner machte zwanzig Kniebeugen. Um dem Kommandeur zu gefallen, legte er sogar noch zwei Kniebeugen drauf, und daran erkannte der General, daß der demokratische Ungeist und die Zuchtlosigkeit bei diesem Mann schon in etwa gebrochen waren. Der Schaffner baute sich wieder in vorschriftsmäßiger Haltung auf. „Rühren!“ ertönte die Kommandostimme, und der Straßenbahner rührte, stand

sofort wieder stramm und fragte „Bitte, abschellen zu dürfen!“ „Abschellen!“ sagte der General, und da stand auch die Straßenbahn still — alles klappte wie am Schnürchen. Dann ging der General durch den Stadtpark. Dort kam ihm der Geldbriefträger entgegen, und der General mußte daran denken, daß die Geldbriefträger keine Generalpensionen mehr bringen. Er ließ auch den Postmann strammstehen, drei Mal um den Stadtgarten herumlaufen, zwei Minuten auf einem Bein hüpfen, verwarnte ihn und ließ ihn endlich rühren. Der General wuchs mit seinen Befehlen, und er fühlte, daß der eiserne Besen in seinem Inneren noch immer kehrte. Vor dem Stadtgarten begegnete er einer Kolonne von ungeordnet einherziehenden Menschen, also Demokraten, Demonstranten, Umstürzer, Nihilisten, die eine Bittschrift zum Rathaus bringen wollten. Als die Bittschreiber den General sahen, nahmen sie sofort Haltung an, formierten sich aus dem Sauhaufen zur exakt ausgerichteten Kolonne, warfen die Köpfe mit sturen Glasaugen nach rechts und marschierten stramm vorüber.

Der General wuchs über sich selbst, und er beschloß, den ganzen Augiasstall nun höchstpersönlich auszumisten; er begab sich aufs Rathaus. Dort war gerade Sitzung. Mit Donnerstimme legte er den Oberbürgermeister vor Rednerpult (alle Stadtverordneten erhoben sich sofort und standen stramm) und ließ durch einen Schreiber an sämtliche Anwesende Gestellungsbefehle verteilen. Den Oberbürgermeister versetzte er gleich in eine Strafkompagnie. Vor dem Rathaus stand ein wunderschönes Denkmal, allerdings nur noch teilweise, denn die Demokratie hatte den Bronze-general vom Pferde gehoben, und jetzt war es nur noch ein Pferdedenkmal. „Bande!“ zischte der General, klemmte sein Monokel fester und schwang sich auf das Bronzepferd. Und als er da saß, wuchs er immer gewaltiger, und nun wollte er zum Staatsstreich ansetzen. Er schlug dem Pferd die Sporen kräftig in die Weichen, und da es keine weichen Weichen bei dem Denkmalspferd waren, schrie er laut auf, denn er hatte sich schmerzhaft gegen die Hacken geschlagen. Allerdings war daran nicht das Bronzepferd schuld, sondern die untere scharfe Kante seines Bettes — der General erwachte mit einem lauten Fluch aus seinem Generaltraum; aber trotz der schmerzlichen Hacken fühlte er sich seltsam er-

frischt. Im gleichen Augenblick trat der Arzt ins Zimmer, um die Untersuchung vorzunehmen. Er war mehr als zufrieden mit dem Zustand des von der Demokratie gallenkrank gewordenen Generals. „Exzellenz, das Befinden hat sich über Nacht ganz überraschend gebessert — noch so ein paar erfrischende Nächte, und das Gallenleiden ist verschwunden.“

Film-Notizen

Bei den Filmfestspielen in Venedig sind die russischen Filme „Der Schwur“ und „Die Unbeugsamen“ mit goldenen Medaillen ausgezeichnet worden. „Licht über Rußland“ heißt ein neuer Film, der in Moskau gedreht wird. Er behandelt die Rollen Lenins und Stalins bei der Verwirklichung des sowjetischen Elektrifizierungsplanes. Ein Nachwuchsstudio der DEFA wurde in Berlin gegründet, das der Ausbildung geeigneter Filmschauspieler dienen soll. Werner Kiech wurde zum Leiter des Studios ernannt. „Neue Filmwelt“ ist der Titel einer illustrierten Zeitschrift, die mit sowjetischer Lizenz in Kürze von der Deutschen Filmverlag GmbH. herausgegeben wird. „... und über uns der Himmel“ heißt der Hans-Albers-Film, den die Objektiv-Film zur Zeit dreht. Neben Lotte Koch, Ralph Lothar, Annemarie Hase werden auch einige neue Gesichter in diesem Film in Erscheinung treten. „Jüdische Schicksale“ soll ein Film behandeln, der gegenwärtig in Gelsenstein gedreht wird. Produzent ist die Jüdische Film-Organisation (JFO). Es wird in drei Sprachen gedreht, Regisseur ist Herbert E. Fredersdorf.

Suchdiens!

Bitte Malermeister Hans Rothmeier aus dem Schwarzwald (Wohnort unbekannt), der seinen schwerverwundeten Sohn August Crone am 19. 4. 45 im Lazarettzug nach Brod geholt hat, um seine Anschrift, Witwe Anna Crone, (21b) Lengelscheid über Meinerzhagen, Bez. Dortmund. (32-588)

Gefr. Max Greiner, Württemberg-badische Jägerdivision, Einheit Freiburg, geb. 23. 11. 25 in Brandenburg a. d. Havel, Feldpost-Nr. 25 690 F. Letzte Post v. 20. 2. 45 aus Südpommern, Auskunft erbeten an Joachim Grothe, Steinen, Lörracher Str. Nr. 27. (32-601)

Stellenangebote

Sekretärin selbständig arbeitend, mit guter Auffassungsgabe, perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, möglichst mit französischen Sprachkenntnissen; pünktlich und zuverlässig, zur Unterstützung des Chefs in sehr interessanter Tätigkeit zum sofort. od. alsbaldigen Dienstantritt nach Freiburg i. Br. gesucht. Dauerstellung bei entsprechenden Leistungen und guten Charaktereigenschaften. Weiterhin benötigten wir: Gewandten billensischeren Buchhalter oder Buchhalterin, 1 zweite Sekretärin, 2 perfekte Stenotypistinnen, 1 Korrespondent, 1 Kontoristin. Nur erstklassige Kräfte wollen ihre Bewerbung mit Angabe der Gehaltsansprüche und Benennung von Referenzen unter Beifügung eines handgeschriebenen Lebenslaufes, möglichst eines Bildes, das zurückgegeben wird, u. der Zeugnisse einreichen unter Chiffre: 20-516 an die Geschäftsstelle „UNSER TAG“ Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.

Kürschner-Gehilfe gesucht sowie Mädel oder Frau f. leichte Näharbeit. Zulagekarten genehmigt. Joh. Siebertz, Kürschnermeister, Konstanz, Tirolergasse 8 (26-185)

Spitzendrehler, tüchtige, gelernte, laufend von Maschinenfabrik gesucht. Rieter-Werke, Dipl.-Ing. Walter Händle K.G., Konstanz.

Für unseren Prioritätsbetrieb suchen wir 1 Betriebselektriker, sowie 1 Elektromeister, der mit Einzelantrieben an Werkzeugmaschinen und in Fabrikinstallationen bewandert ist. Alfred Teves, Maschinen- u. Armaturenfabrik K.-G., Brombach b. Lörrach. (30-159)

Tüchtige Verkäuferinnen u. Verkäufer sofort gesucht. Schriftliche Bewerbungen an Konsumgenossenschaft, Oberbadener eGmbH, Fährnau, Turnstraße.

Vertrauen
ist der erste Schritt zur Gesundheit!

ARZNEIMITTEL

BAYER

Lörracher Industriebetrieb sucht zur sofortigen oder späteren Einstellung: Perfekte Stenotypistin in gutfundierter Dauerstellung; tüchtige Arbeiterin für gutbezahlte leichte und interessante Arbeit; ehrlicher Lagerarbeiter zur Unterstützung d. Lageristen. Schriftliche Meldungen od. persönl. Vorstellungen erwünscht. Schraubenfabrik Johann Mann, Lörrach, Tullastr. 8. (O-175 (Maison Suisse.))

Stellengesuche

Handwerkerin (hauptberuflich Architektin) sucht praktische Tätigkeit in modernem Webereibetrieb. Zuschr. unter 32-598 an UNSER TAG, Offenburg, Postfach 361.

Heiraten

Fräulein, 34 J., kath., vielseitig interessiert u. häuslich veranlagt, wünscht Herrn in auskömmlichen Verhältnissen zw. Heirat kennen zu lernen. Wohnungseinrichtung vorhanden. Zuschriften unter 26-191 UNSER TAG, Konstanz, Rosgartenstr. 9.

Werkzeugmacher, 24 J., 1.68 gr., blond, ev., wünscht liebes Mädel, 20-23 J., mit guten hausfr. Eigenschaften. Zuschr. unt. 104 an Büro Auerhahn, Villingen (Schw), Karlstr. 16. (38-117)

Deutscher Briefling (Heirats-Briefpost ohne Namen). Viele Zuschriften finden und sind begeistert. Viele Anerkennungen! Monatsbeitrag 2.50 Mk. Prospekt verschlossen mit diskret. Absender gegen 48 Pfg. und Briefumschlag durch A. Späth, Regensburg 1, Fach 336. (Ho-19)

Kathol. Eheanbahnung. Seit 25 Jahren tausende Erfolge, ohne Vorschuß. Illustrierte Druckschrift gegen Doppelposten. Alter, Verhältnisse, Wünsche erbeten. Neuland-Briefbund G Mannheim, Schließfach 602.

Viele glückliche Ehen sind schon durch meine langjährige Tätigkeit zustande gekommen. Zahlreiche Vormerkungen aus allen Kreisen. Einheiraten verschied. Branchen sind geboten und erwünscht. Unverbindl. Auskunft durch Frau Elise Straile, Eheanbahnung, Stuttgart-Degerloch, Rubensstraße 12, mit Linie 5 u. 16 b. Degerloch Westbahnhof.

Gymnastiklehrerin, 23/1.60, lebensbejahend, sucht Verbindung mit gleichgesinnten Herrn, zw. evtl. späterer Ehe. Grundbesitz und Vermögen vorhanden. Wegweiser Nr. 11163. Der Wegweiser Brief-Zentrale. Die Zentrale aller Ehwünsche, Biberach a. d. Riß, Postfach 132a.

Geb. Fünfzigerin, eigene Möbel, Vermögen, gute Hausfrau, sucht Ehepartner entsprechend. Alters. Zuschr. unter Nr. 26-192 UNSER TAG, Konstanz, Rosgartenstr. 9.

Krankpflegerin, 24/1.63, mit feinsinnig besetztem Wesen, sucht gleichgesinnten Partner für harmonische Ehe. Vermögen vorh. Wegweiser Nr. 11155. Der Wegweiser Brief-Zentrale. Die Zentrale aller Ehwünsche, Biberach a. d. Riß, Postfach 132a. (Wb-4)

Ein Kriegsbeschädigter steht seinen Gefährten, die heiraten möchten, m. Rat und Tat zur Seite. Auch Sie wird gerne beraten die Spez.-Abt. des Institutes Frau Schulz-Düe, Eckernförde - Postfach. (W-17)

„KARINA“ macht Sie mit Ihrem Ehepartner bekannt. Eine völlig neue Methode des Sickennehmens. Schreiben Sie Ihre Adresse an KARINA (20b) Einbeck, Postf. 717. (M-8)

Kauf - Verkauf

Motorrad (auch Leichtmotorrad) in fahrbereit. Zustand gesucht. Geboten Herrenanzugstoff mit Aufzahlung. Ang. unt. 34-156 an UNSER TAG Geschäftsst. Singen a. H., Aug.-Ruf-Str. 22.

Biete ein Paar Damensportschuhe od. Knabenschuhe. Gr. 39, suche bunden Druckstoff. Angebote unter L 1504 an OBANEX, Anz.-Expedition, Freiburg i. Br.

Schultasche zu verkauf. Damen-Regenschirm zu kaufen gesucht. Zuschriften unter Nr. 20-529 an UNSER TAG, Geschäftsst. Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Motorrad 200 ccm DKW zu verkaufen. Motorrad 500 ccm zu kaufen gesucht. Zuschriften an Kandell, Freiburg i. Br., Schwendstr. 19. (20-525)

Kaufgesuche

Großer Reise- od. Ueberseeckoffer zu kaufen gesucht. Zuschriften unter Nr. 20-523 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Motorrad 98-200 ccm, zu verkaufen gesucht. Zuschriften an: Werner Suhr, Minsel/Schopfheim.

Verkäufe

Blumenständer und zwei wertvolle Oelgemälde zu verkaufen. Zuschr. unter Nr. 20-524 an UNSER TAG, Geschäftsstelle Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Verkaufe Spezialrührwerke, Leichtmetall, zum Befestigen an Eimer und Gefäßen, mit Handkurbel, solide Ausführung zum Butterschlagen und Vermischen v. Flüssigkeiten. Für den Hausgebrauch und Kleinbauern bestens geeignet. Interessenten verlangen Angebot u. Nr. 32-596 bei UNSER TAG, Offenburg, Postfach 361.

Briefmarken

Verkaufe kompl. Sätze der franz. Zone (10 Pfg. Goethe, Heine u. Schiller). Angebot mit Höchstpreis unter Sü-3 UNSER TAG, Offenburg, Postfach 361.

Briefmarkensammler! Von dem neuen Satz sind die Werte RM. 2,- u. 3,- erschienen, die ich zum Preis von 7.75 abgebe. Lieferung per Nachnahme zuzüglich Porto. Willy Focke, Briefmarken, Karlsruhe, Kaiserallee 41, Postfach. (Sü-25)

Briefmarkenangebot: Saargebiet neu kompl. 20 W. 88 Mk. Franz. Zone kompl. Satz 13 W. 110 Mark, 1 M. 28 Mk.; 2 u. 5 M. 42 Mk.; Mecklenburg I m. 12 Pfg. rot/Karm. 17 W. 98 Mk.; AM Post Deutsch kompl. 20 W. 65 Mk.; Hammer u. Sichel (Oesterreich) kompl. 23 W. 65 Mk. Dr. von Rhein, (16) Gelsenheim. (Ko-9)

Briefmarken-Kroker, (1) Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 25a, hat monatliche Lagerlisten kostenlos versandbereit. Anforderung lohnt sich. (He-3)

Ich suche die Marken v. Baden und Württemberg im Tausch gegen Marken von Rheinland-Pfalz in großen oder kleinen Mengen zu kaufen oder zu tauschen. Rudolf Kotalik, Briefmarken, Bad Ems. (Ra-1)

Achtung Briefmarken!

Rolf Röschke, GmbH., Augsburg Gänsbühl 7a. Das Versandhaus von Ruf. Der bekannte Lieferant für Sammler und Händler. Fordern Sie kostenlos das soeben erschienene Sommerangebot Nr. 12 mit dem neuesten Lagebericht und dem Kontrollratsgesetz Nr. 48

Verschiedenes

Zur Vermittlung von Ferien- u. Erholungsaufenthalten nebenberufliche Vertreter bei guter Vergütung gesucht. Auch Zimmerangebote von Hotels und Pensionen angen. Institut Lagraft, (22b) Hönningen a. Rh., Äbtg.-Reisebüro. (32-585)

Nebenverdienst! Leichtes Arbeiten wird geboten. Angebote u. Nr. 32-593 an UNSER TAG, Offenburg, Postfach 361.

In Singen a. H. sichern Sie Ihr Fahrrad durch die Fahrrad-Aufbewahrungsstelle hinter dem Kriegerdenkmal. Geöffnet Werktags von 8-19 Uhr. (34-157)

Gärtner. Ehemaliger Hohenheimer, kauft oder pachtet Gärtnerei oder kleinen Hof. Uebernimmt Stelle in Anstalt; oder Gut, spezialisiert auf Neuanlagen, Obst- und Baumschnitt, Feldgemüsebau nebst guten allg. Kenntnissen. Flüchtlingsfamilie, hatte eigenen Gartenbaubetrieb. Angeb. unter Nr. 613 an die Geschäftsstelle des Werbendienstes Lauk, (14b) Altensteig in Württemberg. (Lk-1)

An die Herren Bürgermeister! Uhren- und Schmuckwarengeschäft, verbunden mit Uhrenreparaturwerkstätte, möchte sich verlegen. In welchem Ort wird ein solches Geschäft gewünscht? Beste Fachkräfte, genügend Material, laufende Wareneingänge. Politisch unbelastet, Aufenthaltsrecht in Baden. Nachrichten erbeten unter Nr. 32-565 an UNSER TAG, Offenburg, Postf. 361

Lohnarbeit. Die Herstellung von Pillen, Dragées laufend in tausenden Kilos, bei Stellung des gesamten Materials, zu vergeben. Eilangebote an Enzian-Fabrikate Otto Schleicher, Pharmazeutische-Fabriken, Freiburg i. Br., Postfach 61, Taillfingen-Wttbg., Postfach 106. (O-174)

Emalschilder - Stempel liefert Stempel-Truckenmüller, 14 a Bopfinger. (Ge-17)

Gugel-Planen. Wir vermieten Planen in den Größen 4x5, 4x8, 5x8, 6x8, 8x10 m für Auto und Bahntransporte, für Handel, Industrie und Landwirtschaft. Auskünfte und Bestellungen an Gugelwerke Freiburg i. Br., Starckenstraße 15, Tel. 2564. (O-162)

Leistungs-fähiger Betrieb d. Holzverarbeitenden Industrie kann noch Aufträge bei Materialergänzung entgegennehmen. Angebote unter Nr. 28-237 an UNSER TAG, Geschäftsstelle Lahr, Marktplatz 5.

Keine Einmachgläser, kein Zucker! Jutta nimmt FRUITA, das angenehme Konservierungsmittel. Wir geben uns redlich Mühe, wenigstens den größten Teil des Bedarfs zu decken! FRUITA-Ges., Wiesb.-Biebrich. (Ww-54)

Kuchen und noch feinere Sachen... stets nur mit BADA schmackhaft machen. BADA-Aromen gibt's überall. Herst.: Bache & Dammert, Berghausen (Baden) und Ueberlingen (Badensee). (Sü-17)

OVO hält die Eier frisch! OVO ist das ideale Konservierungsmittel, das ähnlich zusammengesetzt ist, wie die Eierschale selbst. Es greift sie nicht an, im Gegenteil, es festigt sie. OVO verhütet also Bruch und konserviert die Eier zuverlässig. van Hees GmbH., Wiesbaden-Biebrich. (Ww-64)

Unterricht

Russischer Unterricht und Uebersetzungen in Russisch, Französisch und Englisch. H. Winter, Freiburg, Schwarzwaldstr. 125.

Strafbescheide über Bäckermeister Stoffel und Maier aus Maulburg

Die Bäckermeister Gustav Stoffel und Karl Maier aus Maulburg, Kreis Lörrach, sind mit Ordnungsstrafen von 1000 Mark und von 500 Mark belegt worden, weil sie im April 1947 die Preise für amerikanischem Weismehl erbackene Brote und Brötchen eigenmächtig auf 1 Mk je kg und 0.19 Mk je 100 g-Brötchen anstatt 0.40 Mk. und 0.08 Mk. erhöhten und einen Mehrerlös von 784 Mk. und von 302 Mk. erzielten. Der Mehrerlös wurde eingezogen. Die Strafen sind rechtskräftig und werden auf Kosten der Bestrafften veröffentlicht. (32-591)

Mahnung der Stadtkasse Singen a. H.

Wir machen darauf aufmerksam, daß folgende Steuern und Abgaben zur Zahlung verfallen sind: 1. Grundsteuer 1947, 1. Viertel, am 15. 6. 1947; 2. Hundesteuer 1947 am 15. 6. 1947; 3. Schulgeld für Oberrealschule (Schuljahr 1946/47) am 15. 7. 1947; 4. Schulgeld für Höhere Handelsschule (Schuljahr 1946/47) am 15. 7. 1947; 5. Kanal- und Müllabfuhrgebühren, ein halb, am 1. 7. 1947. Sofern eine besondere Befristung nicht bewilligt ist, sind diese Steuern und Abgaben unverzüglich an die Stadtkasse zu entrichten. Nach Ablauf einer Schonfrist von 8 Tagen haben die Schuldner die gesetzlichen Säumnisgebühren zu entrichten. (32-584) Singen (Htwl.), den 10. Juli 1947. Stadtkasse.

Stellenausschreibung des Bürgermeisters Singen

Bei der hiesigen Stadtkasse ist die Stelle eines Gemeindevollziehers im Beamtenverhältnis alsbald neu zu besetzen. Bewerber wollen ihre Gesuche mit selbstgeschriebenen Lebenslauf, Zeugnissen usw. spätestens bis 1. August 1947 beim Bürgermeister (Rathaus, Zimmer 7) einreichen. (32-590) Singen (Htwl.), den 10. Juli 1947. Der Bürgermeister

Geschäftsanzeigen

Zum Saubermachen - Henkelsachen! Die Persilwerke liefern ihre bewährten Wasch- u. Reinigungsmittel nach wie vor in Originalpackungen. Denken Sie aber beim Einkauf stets daran, Ihrem Kaufmann die leeren Packungen zurückzugeben. (Mr-1)

Autobesitzer! Benzinmotore ohne Umbau auf Dieselmotoren fahren. Verlangen Sie kostenlos. Druckschrift, Vertreter gesucht! Pfefferkorn, (21b) Dortmund, Burgweg 64/68. (32-600)

„Stahlwaren“ - ein neuer Einkaufskatalog! Lieferantenverzeichnis für 212 Arten von Stahlwaren, Bestecken, Rasierapparaten und -klingen, gewerb. Messern, Instrumenten usw. Preis RM. 14.80 zuzügl. RM. 1.20 Versandspes. Lieferung auch von Katalogen, Liefer- und Branch. sof. gegen Nachn. BEQUINA-Verlag (22a) Remscheid-Lenep 7. (Li-10)

Aus alten Kleidern - neue schneidern kinderleicht mit der Mappe „Hansa-Schnitt“. Vorlagen und Schnittmuster für Groß und Klein in jeder Größe passend. Viele Dankschreiben. Komplet mit Zubehör u. Gebrauchsanweisung 7.- M. frankofret. Sof. Postkarte schreiben an Fa. Hamburger Zuschneidhilfe, Hamburg 1, Kirchenweg 3 H.C.

Ihr Haar - Ihr Stolz! Haarausfall und Schuppen sind Warnungssignale! Handeln Sie ehe es zu spät ist! Verlangen Sie bei Ihrem Friseur jedesmal nach dem Kopfwaschen eine Einreibung mit dem BIOLOGISCHEN Haartonikum, hergestellt aus besten Schwarzwälder Kräuterauszügen, von der Firma Max Fricker, Fabrikation für kosm. Artikel (17b) Wehr Bad Stempelfarben für Gummi- und Metallstempel. Signierstempelfarbe liefert K. Schäfer, Villingen-Schw. (O-165)

Christbaumschmuck, prompt lieferbar. Kiefernzapfen, sort. in versch. Farben, versilbert etc., Ia Ausführung. Anfragen und Aufträge erbeten unt. 4444 durch Ann-Exped. Carl Gabler GmbH, Nürnberg, Königstr. 51. (Ga-36)

Unser Fertigungsprogramm: Kohlebürsten, Kohleschleifbügel u. -schleifstücke f. Stromabnehmer, Kohlekontakte für Schaltapparate, Kohledichtungsringe, Kohle- u. Grafitanoden, Bürstenhalter, SCHUNK & EBE, Elektrokohle- und Bürstenhalterfabrik. (16) Gießen, Postfach 119. (De-6)

Keine Gestreidkrankheit und kein Vogelfuß! hinderte sie dank seiner Vorlicht. Die F... guibezug mit Ceres... die Morkit-Vergällu... sich gelohnt. So etz... Landmann gesunde... Ernten.

„Bayer“ Pflanzenschutz-Abteilung LEVERKUSEN

Ausstellung neuer Entwürfe

Das kleine Wüstenroter Haus. Unsere Zeit findet zur kleinen gediegenen Wohnung im zeitgemäß. Eigenheim zurück. Besuchen Sie unsere Ausstellung praktischer Wohnbauten im Modell, Foto und Grundriß nebst Finanzierungsweise durch uns in Konstanz, Gaststätte zum Alemann, Hussenstr. 31, vom 26.-28. Juli 1947, geöffnet v. 10 bis 20 Uhr durchgehend. Vertrauliche Einzelberatung und Prospekte durch Deutschlands größte und ält. Bausparkasse

GdF Wüstenrot

Gemeinn. GmbH., Ludwigsburg (Wttbg.). Vertragsbest 14 Milliarden Mark. 26-193

Geschäftsverlegung:

Gummifuchs Freiburg i. Br. jetzt: Schreiberstr. 16

Ein Bild, wie es sein soll, das liefert FOTO KNOLL. Entwickeln, Abzüge, Vergrößerungen und Fotokopien.

FOTO KNOLL Groß-Labor 14 b Pfalzgrafenweiler 114

Eigenheim (Gutschein). Gegen Einsendung dieses Gutscheines erhalten Sie kostenlos bebilderte Broschüren: Wie komme ich sicher und bequem zu Eigenheim? Süddeutsche Bausparkredit A.G., Singen a. H. Landesvertretung Württemberg und P...: Eduard Enderes, Rielasingen i. Hegau.

Eine prächtige Ernte!

Keine Gestreidkrankheit und kein Vogelfuß! hinderte sie dank seiner Vorlicht. Die F... guibezug mit Ceres... die Morkit-Vergällu... sich gelohnt. So etz... Landmann gesunde... Ernten.

„Bayer“ Pflanzenschutz-Abteilung LEVERKUSEN

DER TAG DER FRAU

Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf freie Betätigung derselben.

Sie ist Mensch, wie der Mann und sie soll, wie er die Freiheit haben, über sich zu verfügen als ihr eigener Herr.

Es gibt keine Befreiung der Menschen ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter.

August Bebel

Frauen und Politik

Politik? — nein, mit Politik wollen wir Frauen nichts zu tun haben, das sollen die Männer machen.

So sagen viele Frauen und merken dabei gar nicht, wie die Männer ihre Politik mit und durch uns Frauen machen. Und die Lasten dieser falschen Politik haben dann in erster Linie wieder wir Frauen zu tragen. Wenn die Frauen sagen: wir haben heute genug mit der Sorge um's Essen, mit dem ewigen Schlagenstehen, mit dem immer und immer wieder Stopfen und Flickern für die Kinder zu tun, so hängen all diese oft unerträglichen Sorgen und Mühsalen der Frauen ja gerade mit der Politik zusammen, nämlich mit jener falschen Politik, die bisher fast ausschließlich von Männern gemacht wurde.

Was ist denn das: Politik? Etwas Gutes? Etwas Schlechtes? Eine nur für die Männer bestimmte Angelegenheit? Verdrißt die Politik den Charakter? Nichts von alledem, sondern die schlechten Charaktere verderben die Politik. Politik — das ist unser Leben selbst! Mit jeder unserer täglichen Handlungen bestimmen und beeinflussen wir die Politik, auch wir Frauen, ob wir uns nun aktiv oder passiv verhalten.

Wir Frauen müssen einmal erkennen, daß es ein großer Irrtum ist, wenn wir denken, Staat und Politik, das gehe uns nichts an, das habe mit unserem persönlichen Leben nichts zu tun. Eine solche Auffassung steht mit den Tatsachen des Lebens in Widerspruch. Ob wir diese Tatsachen anerkennen oder nicht sehen wollen, die Folgen haben wir auf jeden Fall zu tragen, so oder so. Und wenn die Hausfrauen heute nicht wissen, was sie ihren Männern auf den Tisch stellen und was sie ihnen auf den Arbeitsplatz mitgeben sollen, wenn wir Mütter nicht wissen, wie wir unsere Kinder satt bekommen, woher wir die Schuhe, Strümpfe und Hemden für sie nehmen sollen, so sind wir eben die Opfer einer falschen Politik, an der wir Frauen aber durch unser passives Verhalten gegenüber allem „politischen“ leider auch die Verantwortung mit tragen. Wir deutschen Frauen und Mütter im allgemeinen haben nichts getan, um den Krieg zu verhindern, — wir haben uns auch nicht darum gekümmert, ob das Kind einer jeden Mutter satt zu essen hatte und nicht zu frieren brauchte. Nun hungern und frieren unzählige in Deutschland (abgesehen von den Schiebern und Kapitalisten, von denen es noch immer übergenug gibt), und wir Frauen und Mütter haben besonders schwer an der wirtschaftlichen und seelischen Not unseres Volkes zu tragen. Jetzt zwingt uns das Leben selbst zu neuer Stellungnahme. Es steht als große Aufgabe vor uns, und wir Frauen wollen uns ihr nicht versagen.

Schluß mit der Angst vor der Politik und ihrer Ablehnung, die meist nur ein bequemeres Ausweichen vor der Verantwortung ist. Wenn wir die geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge immer besser erkennen lernen, dann werden wir auch begreifen, wo die Fehler in der Politik liegen und was wir Frauen und Mütter dazu tun können, um unseren Kindern eine glückliche Zukunft schaffen zu helfen.

Mia Bittel

Vier Frauen

Ein Französin, eine Russin, eine Schweizerin und eine Amerikanerin kamen als Delegierte der Internationalen Frauenföderation in die französische Zone, um sich aus eigener Anschauung ein Bild zu machen, was die deutschen Frauen zum Wiederaufbau hier leisten und was sie zur Ueberwindung von Krieg und Hitlerherrschaft beitragen. So kamen sie unter anderem auch nach Baden-Baden, Freiburg und Konstanz. Einen guten Eindruck hat ihnen der Leistungsanteil der Frauen bei uns in Südbaden wohl nicht gemacht und auch wirklich nicht machen können. Von einem starken Einsatz der Frauen zur Ueberwindung der Kriegsschäden und zur Organisation tätiger Selbsthilfe haben sie nicht viel bemerkt, ebenso kaum etwas von einem Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Bevölkerung insgesamt. Unter 253 000 Erwerbstätigen befinden sich nur 56 000 Frauen. Die Frauenlöhne in der französischen Zone sind, bei gleicher Arbeit, durchschnittlich 30 Prozent niedriger als die Männerlöhne. In den Gewerkschaften sind die Frauen leider nur wenig vertreten. Der Gesundheitszustand der Kinder sei schwach und elend, nur 7 Prozent aller Kinder erhielten eine tägliche zusätzliche Speisung, die anderen nur an 2-4 Tagen in der Woche einen Teller Suppe. (Und auch diese kargen Teller Suppe dürften inzwischen völlig leer gegessen sein). Die Delegierten waren erstaunt, daß die Frauen in der französischen Zone sich noch nicht zu einer überparteilichen, demokratischen Frauenorganisation zusammengeschlossen haben, um sich in dieser tatkräftig für die Sicherung des Friedens und für die soziale Arbeit einzusetzen.

Mangel an Parlamentarierinnen

In den beiden Häusern des Kongresses setzt die Staaten weit hinter andere fortschrittliche Länder“ so erklärte in Washington Mrs. Woodhouse, Leiterin der Frauenabteilung im demokratischen Nationalen Komitee. Während im letzten Kongreß noch elf weibliche Mitglieder waren, sind es jetzt nur noch 7, das ist etwas wenig bei einem Anteil der Frauen von 51 Prozent an der Bevölkerungsziffer. Ja, das finden wir auch und wir können daraus lernen, daß ein moderner Staat nicht gleichgültig auch ein wirklich fortschrittlicher zu sein braucht.

Muttertränen - Kinderleid



Zeichnung: Käthe Kollwitz

Unsagbar ist das Unglück und das Leid, welches Hitler mit Naziterror und Kriegsverbrechen über die Welt gebracht hat. Wieviel Sorgen, Kummer und Tränen hat es uns Frauen und Müttern gebracht und bringt es noch jeden Tag. Das Glück von Millionen ist zerstört. Hoffnungslos sehen viele Menschen in eine dunkle Zukunft. Leider haben aber viele schon vergessen, was die Ursache ist. Sonst würde man nicht schon wieder soviel dummes politisches Geschwätz hören, wo doch alles darauf ankommt, mitzuhelfen, daß Nazismus und Militarismus nie, nie mehr wiederkommen und endlich eine neue Zeit friedlichen Aufbaues herbeigeführt wird.

Denken wir auch einmal an ein großes Unglück, das uns in unserem Südwesten weniger überfallen hat, welches aber in jenen Gegenden, wo evakuiert wurde und ganze Gebiete flüchten mußten, maßloses Herzeleid — vor allem über Mütter und Kinder — gebracht hat. Ich meine dieses:

Lockstädt, Marlies, geb. 5. 3. 1943 in Marienwerder (Westpr.) wird von ihrer Mutter gesucht.

Marlies war im Kinderheim Henriettenhof bei Osterode (Ostpr.) und wurde im Sept. 1945 von dort nach Thüringen oder Sachsen evakuiert. Sie ist blond, hat blaue Augen und eine zarte Hautfarbe. Sie ist schlank und für ihr Alter groß. Marlies hat auf der rechten Brust einen rosa Fleck, der etwa 8 cm breit und 20 cm lang ist und sich bis zum Rücken hinzieht. Auskunft erteilt unter 10/51/A an die „Suchzeitung für vermißte Deutsche“, Berlin W 8, Kanonierstr. 35. Sich gegenseitig zu suchen, ist das tragische Schicksal Hunderttausender von Müttern und Kindern. Aus solchen Kinderheimen, in welches die braunen Zwingherren die Kinder mit Pomp und Reklamegeschrei brachten, als sie sie von uns Müttern wegnahmten, die wie in die Kriegsmaschine gepreßt wurden, sind unzählige „evakuiert“ worden. So ist auch die kleine Marlies verschwunden. Vielleicht lebt das Kind noch? Aber niemand kennt den Namen der damals Zweieinhalbjährigen. Die Mutter sucht und bangt und weint und hofft. Ein junges Mutterglück ist zerstört.

Hier stellt sich der „Suchdienst“ in der Sowjetzone in den Dienst reiner Menschenliebe und hilft suchen. Ein edles Hilfswerk, wie ehe-

mals das „Rote Kreuz“ die Kriegswunden zu heilen suchte. Diese Kinder-Suchaktion ist vorbildlich und einzigartig, wie der ganze „Suchdienst für vermißte Deutsche“ in Berlin. Durch Presse und Rundfunk wendet er sich täglich mit seinem Alarm

Kinder suchen ihre Eltern! Mütter suchen ihre Kinder! an die Öffentlichkeit. Da man bei den meisten keinen Namen weiß, erscheinen Plakate mit Kinderbildern und in der Wochenschau der Sowjetzone „Augenzeuge“ rollen seine Filme endlos ab. In seiner Kindersuchkartei sind unzählige Namen mit Fotos, besonderen Merkmalen und Hinweisen enthalten. Alle sollten hier mithelfen, denn der kleinste Hinweis kann dazu führen, die Spur ausfindig zu machen. Wahrlich, es dünkt ein aussichtsloses Werk... aber, es gibt Erfolge, erstaunliche Erfolge!

Da sucht z. B. Herbert Kauz, der aus der französischen Kriegsgefangenschaft heimkehrte, seine neunjährige Brigitte. „Bitte tun Sie doch alles, und helfen Sie mir, mein Kind zu finden. Es ist das einzige, was ich jetzt noch besitze, da meine Frau beim Bombenangriff ums Leben gekommen ist.“ Ein Griff in die Kartei und siehe da, das Kind wird bereits gesucht. Von wem? Von der für tot gehaltenen Mutter! Herbert Kauz' Freude war unbeschreiblich. „Ist denn so etwas möglich, meine Frau lebt noch?“ Und nun suchen beide weiter ihr verlorenes Brittchen.

Kommen wir auf die kleine Marlies zurück, deren Suchanzeige wir oben lasen. Familie Jensen in Holstein hatte — wie viele Pflegeeltern die verlorene Kinder betreuen — ebenfalls die Suchanzeige gelesen und Herr Jensen schrieb sofort an den „Suchdienst“:

„Am 17. November 1945 habe ich ein Mädchen aus einem Heim für kranke und sieche Umsiedler geholt und in meinem Haushalt

Von drinnen und draußen / Was uns interessiert

Sachsens Frauen

helfen tatkräftig für sich und ihre Kinder die Zukunft aufbauen. Von 5,5 Millionen Einwohnern sind in Sachsen 3,2 Millionen Frauen, von denen rund 900 000 erwerbstätig sind. In weit über 80 Prozent der Betriebe ist gleicher Lohn bei gleicher Arbeit durchgeführt. Die Frauen wissen um die Kraft des Zusammenschlusses. In etwa 75 Prozent aller Dörfer und Städte sind in 1622 Frauenausschüssen die Frauen an gemeinsamer Arbeit. In weit über 80 Prozent der sächsischen Betriebe wurde „gleicher Lohn“ bei gleicher Arbeit durchgeführt. Dem sächsischen Landtag gehören von 120 Abgeordneten 32 Frauen an, 5728 Frauen sitzen in den Gemeindevertretungen. Auch in den höheren Verwaltungsstellen arbeiten Frauen, so in der Landesregierung eine Frau Ministerialrat (Landwirtschaft, Versorgung), vier Oberregierungs-

räte, elf Regierungsräte, sechs Regierungsamtmänner, siebenundzwanzig Bürgermeister, ein Staatsanwalt, zwei Landgerichtsräte, zwei Amtsgerichtsräte, sieben Amtsrichter und viele weibliche Studiendirektoren, Studienräte und Kreisschulräte sind Frauen. Auch die Präsidentin des Arbeitsamtes ist eine Frau. Das ist gewiß ein beachtlicher Anfang der Heranziehung der Frau zur verantwortlichen Mitarbeit.

Die Frauen von Hiroshima und die Atombombe

Eine amerikanische Kommission hat kürzlich die Ueberlebenden der Atombomben-Explosion von Hiroshima aus dem Jahre 1945 untersucht. Die radioaktiven Ausstrahlungen haben noch heute Unfruchtbarkeit zur Folge. Zwei Drittel der überlebenden Frauen leiden an Menstruationsstörungen und Schwangere neigen zu Fehlgeburten. Auch ein Drittel der Männer wurde unfruchtbar.

Herr Hundhammer

Herr Hundhammer, der in Bayern Kultur und Erziehung durch die Prügelstrafe sichern will, hat auch zu der Frauenfrage Stellung genommen. Er meint so: die Gleichberechtigung der Frau wäre, mindestens in Bayern, nicht durchführbar, da keinem Manne zugemutet werden könne, eine Person weiblichen Geschlechts als Vorgesetzte über sich zu haben. Und untragbar sei es auch für einen kraftbewußten bayrischen Lehrling, sich von einer Frau ausbilden zu lassen!

Herr Hundhammer sollte besser schweigen! oder glaubt er, durch sein Reden jeden Fortschritt von Bayern fernhalten zu können? Aber wie ist es? denken im Stillen nicht viele Männer ein bisschen so ähnlich? und leider, leider auch manche Frauen, aus Gewöhnung und Bequemlichkeit!

Einmal etwas aus Honolulu

Zwei junge Kriegerfrauen (halb weiß, halb polynesisch), britische Untertanen, sollen von der Regierung der Vereinigten Staaten deportiert werden, weil ihnen ein Prozent weißes Blut fehlt, um für die amerikanische Staatsbürgerschaft qualifiziert zu sein. Der Delegierte Hawai's hat beim Kongreß in Washington Schritte unternommen, um die Trennung der beiden Kriegerfrauen von ihrem Ehemann zu verhindern. Diese Nachricht hat uns etwas gewundert. Wir waren sehr zufrieden, daß die hitlerischen Rassenetze in Nürnberg öffentlich diffamiert und verurteilt wurden. Mit wirklich fortschrittlichem Denken ist es manchmal wohl doch nicht so einfach.

Ein guter Betriebsrat

Der Betriebsrat einer Firma in Frankfurt-O. setzte es durch, daß alle Frauen, deren Männer gefallen oder noch in Gefangenschaft sind, und welche Kinder bis zum 14. Lebensjahr zu versorgen haben, in Zukunft zwei bezahlte Hausarbeitstage im Monat erhalten.

Landeseigene Betriebe vorbildlich

Durch Beschluß des Landtages wurde kürzlich der Hausarbeitstag für alle berufstätigen Frauen Sachsens zum Gesetz erhoben. Jetzt haben die landeseigenen Betriebe Sachsens als erste dieses Gesetz durchgeführt.

Frauen wurden Maurer

Aus Dresden wird jetzt eine kleine Bilanz der Umschulung bekannt. Danach wurden seit dem Herbst 1945 auf 29 Lehrbahnen u. a. 200 Frauen zu Bauberufen umgeschult. Bei den Männern waren es 1800.

Frau Schiffskapitän

Im Hafen von Leningrad traf kürzlich der Dampfer „Dnjestr“ ein. Der Kapitän des Dampfers ist Frau Anna Schtschetinina, die das Kapitänspatent für große Fahrt besitzt.

Hundert weibliche Betriebsräte

sind im Kreis Quendlinburg tätig. Von den etwa 30 000 Arbeitenden in diesem Bezirk sind 20 000 im FDGB organisiert.

Für die Frauenbeilage verantwortlich: Mia Bittel

Frauenwiderstand gegen Hitler

Ungezählte deutsche Männer, Frauen und Jugendliche haben dem Nazistystem Widerstand entgegengesetzt. Das deutsche Volk in seiner Masse ist ihren Warnungen und — ihren Freiheitskampf nicht unterstützt —

20. JUNI 1938



LILO HERRMANN

Lilo Herrmann
28 Jahre, Stuttgart

Josef Steidle
Arbeiter, 30 Jahre, Stuttgart

Stefan Lovasz
Arbeiter, 26 Jahre, Stuttgart

Artur Goeritz
Arbeiter, 31 Jahre, Meusel



JOSEF STEIDLE

Am 12. Juni 1937 in einem Geheimverbotenen vom „Vollzugsgericht“ in Stuttgart wegen „angstl. Hochverrats“ zum Tode verurteilt, am 20. Juni 1938 in Nürnberg-Bühls enthauptet.

Tiefbesorgt und schmerz erfüllt geben wir Ihnen diesen Kunde, dass am 20. Juni 1938 eine deutsche Mutter, die 28jährige Liselotte Herrmann zusammen mit den drei Arbeitern Steidle, Lovasz und Goeritz in Gefängnis (Hof) Plötzensee vom Schertrichter enthauptet wurden.

Voll edler Gesinnung, war sie als Tochter ehrwürdiger Eltern ein guter Kamerad ihres Mannes und gegenüber ihren Mitmenschen stets hilfsbereit. Mit unendlicher Liebe hing sie an ihrem vierjährigen kleinen Weller, von dem sie seit dem Jahre 1935 getrennt war. Sie folgte der Stimme ihres Mutterherzens — gedrängt auch von der großen Liebe für unsere Heimat — als sie gemeinsam mit ihren Kameraden Steidle, Lovasz und Goeritz für die Idee des Friedens eintrat. Sie gehörte zu den deutschen Müttern, die durch die Kriegsrüstung und Kriegsmassnahmen unserer Regierung voller Sorge und voller Angst um das Leben ihrer Familien in der Zukunft sind. Hitler und seiner Gestapo hat es gefallen, einem vierjährigen Kinde die Mutter zu nehmen. Für sie eine Genugtuung — für uns tiefer Schmerz und Empörung!

Wir werden ihr Andenken einschreiben in unseren Herzen und werden die Liebe, die ihr nicht raubt werden kann, auf das mutterlose Kind übertragen. Die Liebe aller treuheits- und friedensliebenden Menschen dem Kinde — unser Herz den Peinigern und Schuldigern an Tode dieser Mutter.

Möge dieses unerschuldigt geflossene Blut Mohnen an alle Mütter sein: zu erkennen, wie gravosum in unserer Heimat Menschenrechte, Menschenwürde und Menschentum vernichtet werden. Und zugleich ein Ruf für die Sammlung aller deutschen Mütter und die Weckung des Widerstandes gegen solche, eines Deutschen unwürdige Grausamkeiten.

Das sind wir ihnen, die für uns gestrebt, gelitten und gestorben, schuldig

Ihr Andenken halten in Ehren
die Frauen, Mütter und Mädchen Deutschlands

Illegales Flugblatt (Stuttgart 1938)

„14 Hochverräter“ war die 48jährige Genossin Käthe Seitz mit ihrem Mann. Wir gedenken auch der mutigen Studentin Sophie Scholl aus Ulm, die am 19. Februar 1943 hingerichtet wurde, Mildred Harnacks und vieler anderer tapferer Frauen. Ihr Mut und ihre Tapferkeit mahnen uns täglich.

Ein schlechter Wit?

Freiburg. Aus Leserkreisen wird uns geschrieben: Eine schwangere Frau hat eine Ausweiskarte, auf Grund dessen sie nicht in den Geschäften anzustehen braucht. Sie wohnt außerhalb der Stadt und muß an den Verkaufstagen mit dem Omnibus die Stadt (3 km) erreichen. Sie kann aber nur den Omnibus benutzen, wenn sie Monats-, Wochen- oder sonstige Karten besitzt. Der Frau wurde auf der Kartenausgabestelle der Stadt, Straßenbahn in der Urachstr. auf Grund ihres Ausweises, der beweist, daß sie schwanger ist, für 6 Monate eine 6-Fahrtkarte ausgestellt, mit der sie jeden Monat einmal in die Stadt (und wahrscheinlich am anderen Monat wieder zurück) fahren kann. Wer ist für solch eine Regelung verantwortlich? W.B.

80 Jahre Genossenschaftsbank

Die Freiburger Gewerbebank kann auf ein 80-jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde im Jahre 1867 als ein Werkzeug der Selbsthilfe geschaffen, in einer Zeit, die insbesondere den Handwerkerstand und das Kleingewerbe in Notlage sah. Aus der Not geboren, entwickelte sich die Bank zu einer mit an erster Stelle stehenden Kreditgenossenschaft, die, geleitet nach den Grundsätzen von Schulze-Delitzsch, dem Begründer des gewerblichen deutschen Kreditgenossenschaftssystems, es auch heute als ihre Aufgabe ansieht, alle Zweige der heimischen Wirtschaft in der Folgezeit tatkräftig zu fördern, und alle in Frage kommenden Kräfte für den genossenschaftlichen Gedanken zu gewinnen. Die unkapitalistische Form der Kreditgenossenschaft wird dazu beitragen, die genossenschaftliche Selbsthilfe, wie sie die Freiburger Gewerbebank verkörpert, weiter auszubauen.

Das städtische, allen Freiburgern wohlbekannte Bankgebäude in der Franziskanerstraße erhielt bereits im Jahre 1903 seine heutige Gestalt. Wenn auch der Krieg im Rückgebäude seine Spuren hinterließ, so lief doch der Betrieb stets ohne Unterbrechung weiter. Neben der vom Metzgergewerbe dankbar begrüßten Einrichtung einer Zahlstelle im Schlachthof wird seit einigen Monaten auch die während des Krieges geschlossene Nebenstelle in Todtnau wieder weitergeführt, womit der Bank ein guter Kundenstamm dieses Bezirkes erhalten blieb.

Rundholz unter der Säge

Freiburg (Südenda). Die Sägemühlen Südbadens, mit 500 im Schwarzwaldgebiet verstreuten Betrieben, für die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestand, haben dieser Tage in einer Zusammenkunft in Freiburg Stellung genommen. Gegenwärtig sind die Sägen damit beschäftigt, eine Auflage von 200 000 Festmetern Schnittholz unter möglichst rationeller Auswertung des Rundholzes aufzubereiten. Die Anregungen der Sägemühle gehen dahin, nicht zwei Millionen Festmeter Starkholz, sondern nur 500 000 einzuschlagen und diese für den Export in Südbaden selbst aufzubereiten, wodurch 170 Prozent des Devisenwertes der Hölzer gegenüber dem bisherigen Verfahren erzielt werden könnten.

Wieder Badischer Stenographenbund

Oberkirch. In der letzten Generalversammlung des Oberkircher Stenographenvereins, der zu den ältesten Badens gehört, wurde von den aus der ganzen südbadischen Zone erschienenen Stenographen beschlossen, die Vorarbeiten für die Wiedergründung des Badischen Stenographenbundes in Angriff zu nehmen.

Ein Freiburger Jugendorchester

Im Rahmen der Arbeit des Jugendbildungswerks Freiburg-Stadt wird in Freiburg ein Jugendorchester gegründet. Die Freiburger Jugend (Berufstätige, Schüler und Studenten) wird aufgefordert, an diesem Jugendorchester teilzunehmen. Notwendig ist, daß ein Instrument (Blockflöte, F-Flöte, Querflöte, Bratsche, Violine oder Cello) soweit beherrscht wird, daß ein Einsatz im Orchester möglich ist. Die Anforderungen des Orchesters werden sich nach den Möglichkeiten der Teilnehmer richten. Ganz besonders wird Wert darauf gelegt, jene Jugendlichen zu gewinnen, welche ausgebombt sind oder als Flüchtlinge nach Freiburg kamen und kein Instrument besitzen. Das Jugendbildungswerk wird ihnen die Instrumente zur Verfügung stellen. Schriftliche Anmeldungen an das Jugendbildungswerk Freiburg, Fürstenbergstraße 21, erbeten.

Kulturelles Freiburg

Freiburg. Die wir Gelegenheit hatten, durch ein Jahr die in Freiburg besonders rege kulturelle Betriebsamkeit wachen Auges zu verfolgen, unternehmen es heute, überblicksweise darüber zu berichten. Es ist gewiß, daß bei uns wie andernorts die Fülle der Veranstaltungen, Aufführungen, Ausstellungen, Vorführungen, Vorträge und dergleichen nicht natürlichem Erfordernis entsprang, d. h. keineswegs einem noch garnicht vorhandenen Kulturwillen entgegenkam, sondern meist ohne Notwendigkeit dem Ablenkungsbedürfnis, dem Amüsiertrieb, der Illusionslust dienstbar wurde. Dies soll nicht heißen, daß nicht mitunter Vortreffliches und Gedeigene geboten war, im Gegenteil: meist ist den Veranstaltungen Niveau nicht abzuspüren. Aber es fehlte fast immer die Verwurzelung mit den Gegebenheiten des Heute, so daß sie wohl zu künstlerischen und ästhetischen Genüssen, selten aber zu wahren Erlebnissen wurden.

Die Städtischen Bühnen nehmen mit den sich regsten Zuspruchs erfreuenden zwei Häusern, Kammertheater und Casino, einen besonderen Platz unter den kulturellen Institutionen und Anstalten Freiburgs ein. Das Schauspiel, das hier bereits Gegenstand ausführlicher Würdigung wurde, hat an künstlerischer Leistung unterschiedliches geboten. An hervorragenden Inszenierungen ist uns Iphigenie, Komödie der Irrungen, Spiel von Tod und Liebe, ein schauspielerisches Leistungen die Iphigenie, Lilofee, Lieschen Meiners, Courvoisier, Faust, Gretchen, und die Stieftochter in Pirandello's Stück in Erinnerung geblieben. Unter der Leitung seines Direktors, Frz. Everth, eröffnen sich in künstlerischer Hinsicht auch für die kommende Spiel-

Wer die Einsamkeit liebt, wandert ungenügend ausgetretene Straße. Nur um Waldwege und Wiesenpfade ist der Vogelsang voller paradiesischer Feier und nirgends plaudern die Bächlein so fröhlich, als zwischen blumigen Matten und leise lispelnden Erlen und Weiden. Was die Sonne dabei erzählt, ist eine seltsame, eigene Weise. Aus der Ewigkeit kommt sie her...

Wo immer aber auch die Welt voller Blumen, Vogelsang und Sonne ist, da bin ich daheim. Wann mir die Einsamkeit zur Kirche wurde, ich weiß es nicht mehr. Es sind schon viele Jahre her. Doch, daß sie es wurde, das weiß ich. In der Stille der Berge, im rauschenden, lebenden Grün der Wälder finde ich jenen Frieden, den ich unter den Menschen so vergeblich suche.

Wenn ich heute von den Bergen hinunter in meine Heimat schaue, und dabei weiß, wieviel Fluch und Elend über sie gekommen ist, dann überkommt mich ein noch größerer, ein heiliger Haß. Der Haß gegen alle Unvernunft, gegen die Tyrannen, die das Volk belogen, seine edelsten Regungen, seine Opferfreudigkeit zu blutigen Machtgelüsten mißbrauchten. Sie alle, die dort unten schaffen, tragen nur einen Traum im Herzen, den Traum um ein kleines bißchen Glück. Die aber, die dem Volke so laut und breit von Heimat und Herd reden und redeten, von Butter und Kanonen, sie sind jene Dunkelkammer, die nicht nur dort unten, sondern überall auf Erden zwischen die Friedlichen den Samen des Unfriedens säen. Von Heldentum reden sie — doch nie

AM HOHEN ECK

von den zerfetzten, zerschundenen Leibern. Von Liebe zum Vaterland reden sie — aber nie von der Liebe zu einer alle Völker umspannenden Welt.

Am Hohen Eck steht ein großes steinernes Kreuz und daneben eine weiße Birkenbank. Dahinter lispeln sieben Birkenbäume eine versonnene, seltsame Mär. Wenn wintertags die Füchse vorbei schleichen, wenn im Frühling die ersten Lenzblumen den stillen Winkel erfreuen, wenn der Sturmwind seine wilde Melodie singt und die Hundstagschitze im August grausam über dem Hohen Eck brütet, haben es Kreuz und Bank und die sieben Birken hingenommen, als ob ein Tag gleich dem andern wäre. Nur wenn die Regentropfen von dem Haupte des Gekreuzigten niederrannen, da hat alle Erde mitgeweint, gleich so, wie alle Armen und Betrogenen dieser Erde weinen, wenn das schwarze Kreuz der Not ihre Schultern drückt.

Unter dem steinernen Kreuz auf der Birkenbank habe ich mich niedergelassen. Ich träumte. Und dabei war es mir, als ob der Gekreuzigte mit mir gesprochen habe.

„Das Kreuz ist das Los der Menschen. An das Kreuz genagelt sind Freude, Recht und Liebe — selbst die Wahrheit. Wieviel Kreuze trägt Du?“ So redete der Steinere und nichts regte sich ringsum.

„Ich trage alle Kreuze, die die geplagte Menschheit trägt.“ Das war meine Antwort, die träumend von meinen Lippen kam.

Warum so umständlich?

Eine berechtigte Beschwerde und vernünftige Verbesserungsvorschläge

Rastatt. Ein Leser UNSERES TAG schildert uns folgendes Erlebnis, das auch in andere Orten interessieren dürfte: Vor einigen Tagen erhielt ich aus Stuttgart einen Geldbetrag überwiesen. Der Briefträger meines Bezirkes brachte mir die Mitteilung des Postamtes. Auf dieser Mitteilung stand noch die Bedingung betr. Kontrollgesetz Nr. 52.

Als Oberschenkel-Amputierter lege ich mir immer, bevor ich von zu Hause weggehe, meinen Weg genau fest, damit ich nicht unnötige Wege machen muß. So gehe ich also an diesem Morgen gleich aufs Landratsamt. Die Beamtin dort erklärt mir, daß es ihr unendlich leid tue, mich unrichtiger Dinge wieder wegschicken zu müssen, doch ich müsse zuerst zum Postamt, um dort den Vordruck betr. § 52 zu holen, da das Postamt trotz wiederholter Bitte dem Landratsamt keine diesbezügliche Vordrucke ausgehändigt hätte.

Also auf zum Postamt. Ich erhalte dort den Vordruck und bitte die Beamtin am Schalter, mir zu erklären, warum dies alles so umständlich gemacht würde. Sie sagt mir, sie könne daran nichts ändern und wäre auch nicht zuständig hierfür. Wenn ich mich beschweren wolle, so könnte ich dies nachher tun, wenn ich vom Landratsamt wiederkomme, denn dann müßte ich sowieso auf Zimmer 59.

Nun wieder zum Landratsamt. Dort erhalte ich sofort die Bescheinigung und ziehe nun wieder zum Postamt.

Wie schon erwähnt, muß ich nun auf Zimmer 59. Ich bringe dort in aller Höflichkeit meine Bitte um Aufklärung der Umständlichkeit vor. Die Beamtin läßt mich kaum zu Wort kommen, sondern erklärt, es ginge einfach nicht anders, denn der Vordruck koste jeweils einen Pfennig, und außerdem wäre es immer schon so gehandhabt worden. Jetzt meldet sich auch der Herr Abteilungsleiter zu Wort und zwar in einem Ton, der zu der Höflichkeit, die den öffentlichen Dienststellen zur Pflicht gemacht ist, sehr in Widerspruch steht. Er sagt: „Da müssen Sie sich bei der Militärregierung beschweren, denn die verlangt die Bescheinigung betr. § 52 und nicht wir.“ Ich sage ihm: „Gewiß verlangt die Militärregierung die betreffende Bescheinigung, aber die Handhabung der Ausstellung kommt doch nur von Ihrem Amte.“ Darauf sagt er: „Ich solle doch Vorschläge zur Besserung machen.“ Das tue ich, aber alle meine Vorschläge werden mit der kurzen Bemerkung: „Geht nicht“ abgelehnt.

Nun will ich meine Vorschläge hier wiederholen:

1. Wäre es nicht möglich, daß der Briefträger, der einem Empfänger die Mitteilung über die eingegangene Geldsendung überbringt, gleichzeitig auch den Vordruck betr. § 52 gegen Erhebung der Gebühr in Höhe von einem Pfennig aushändigt, oder

2. daß das Postamt der zuständigen Stelle beim Landratsamt die fraglichen Vordrucke aushändigt und diese dann ihrerseits die Gebühr erhebt?

Absehend von der Tatsache, daß ich in diesem Falle ausgerechnet ein Beinamputierter bin und infolge dessen besonders schwerwiegend bin, ist es doch auch gegenüber körperlich gesunden Menschen bei der heutigen Schuhknappheit unverantwortlich, diese sture Umständlichkeit weiterhin aufrecht zu erhalten. Wenn gar eine Hausfrau und Mutter, die doch sowieso jeden Tag stundenlang in den Läden anstehen, muß eine solche Angelegenheit zu erledigen hat, dann kommt das Mittagessen statt um 12.00 um 2.00 Uhr auf den Tisch.

Ich möchte dieses Erlebnis der Allgemeinheit bekannt machen, weniger um die Postverwaltung in ein schlechtes Licht zu setzen, sondern vielmehr darum, damit auch andere Geldempfänger Vorschläge zur Aenderung dieser Umständlichkeit beitragen können.

Und wie wird es von Postämtern in anderen Orten gehandhabt?

Der motorisierte Rucksack

Todtnoos. Es ist durchaus verständlich, daß bei dem Mangel an Treibstoff, Reifen, Fahrzeugen und Zubehör strenge Maßnahmen angelegt werden, wenn man eine Verkehrsgenehmigung beim zuständigen KSAV anstrebt. Bekanntlich sind viele derartige Anträge auch wirklich begründet, und trotzdem muß ihnen der Erfolg versagt bleiben. Umso verwunderlicher ist es daher, wenn man als Leidtragender feststellt, daß Fahrzeughalter die Zulassung erhalten, die genauer gesehen, keine brauchen. Möglich, daß in vielen Fällen die Angaben im Antrag nicht den Tatsachen entsprechen oder von irgend einer Stelle „wohlwollend“ unterstützt werden. Möglich auch, daß es unterlassen wird, die einmal erteilten Genehmigungen in Zeitabständen daraufhin zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die erteilten Genehmigungen noch bestehen.

ders beachtlichen Aktivität. Wir erinnern uns der Gedächtnisausstellung Käthe Kollwitz, der Ausstellung des Litauers Eduard Wiiralt, ohne Raumangels wegen der vielen Schautellungen ausgezeichneter Bildwerke unserer heimischen Maler Erwähnung zu tun.

Die badische Konzertdirektion und das Musikhaus Ruckmich vermittelten eine ganze Reihe von Veranstaltungen, die sich durchweg durch besondere Leistung auszeichneten.

An Filmtheatern besitzt Freiburg gegenwärtig vier Häuser, die sich in besonderem Maße der französischen Produktion zuwandten und aus der neuen deutschen Produktion bisher einen Film aufführten. Wir vermerken da als Höhepunkte die Vorführung der Filme Kinder des Olymps und Die Mörder sind unter uns.

Schließlich sei noch der großen Zahl kultureller Veranstaltungen gedacht, die dieses Jahr durch Vermittlung der Besatzungsbehörden den notwendigen Kontakt zwischen der deutschen Bevölkerung und dem französischen Kulturleben herzustellen versuchten. Theatergruppen, schaffende und darstellende Künstler, Wissenschaftler und Musiker kamen dabei zu Gehör.

Im allgemeinen kann man das Fehlen zeitbewusster Kulturorganisationen vor allem für die kulturwilligen Schichten der Werkstätigen bedauern.

Dieser Rückblick, der nur ungefähr die kulturelle Situation Freiburgs zu erhellen vermag, kann die Erfordernisse für ein echtes zeitverbundenes Kulturleben nicht erkennen lassen, da es diese verständlicherweise auch in Freiburg noch nicht gibt.

„Als ich sie erlösen wollte“, redete das Kreuz weiter, „haben sie mich an das Kreuz genagelt. Und die meinen Namen aussprechen, kreuzigen mich täglich weiter... mich und mein Wort, alle Menschheit!“

Darauf habe ich geschwiegen. Und als ich mich wieder aufruffte, waren meine Gedanken bei all denen, die der Wahrheit wegen an das Kreuz geschlagen wurden, in alle den vielen Jahrhunderten, sie waren bei alle den Freien und Edlen dieser Erde.

Und dann las ich in einem Buche, das von der Erhebung der Bauern erzählt, damals 1525, das ich mit auf den Berg genommen hatte, so wie ich immer einige Blätter bei mir trug. Was ich las? Komm, lese es mit!

... und sie haben sich gewehrt die Bauern (Bauern) gegen die Herrschaften und geistlichen Herrn und es war ein groß Leyd in allem Land. Man hat ihnen genommen an Hab, Viech und Hausrath was den Herren gefiehl. So einer Bauer war, muß er fronen jedem und zu jeglicher Stund, Ueberall helfen mähen, jagen, heuen, empten (shnten), und alle forstlich Dienstbarkeit leisten. Zu dem fronen kam das zahlen, das Vogtgeld, das Kalbgeld, das Ueberleitgelt, das Bannweingeld, das Jägergeld, das Karrengeld, das Abzugsgeld und dan Zehnt von allem und jeglichem. Wenn ein Leibeigener stirbt, so gefällt er der Herrschaft das best Viech, so er verlassen das Hausrecht, oder so er kein Viech hinterließ sein Vermögen wird geschroft und abgenommen, ists das best Kleid, so er an hochzeitlichen Tagen zur Kirche getragen oder ein ziemlich Geld dafür... So da einer heiert (heiratet) hat er zu geben seine Braut an den Herren auf dem Schloß für acht Tag acht Nächt.“

So war es Anno 1525. Ist es heute anders geworden? 400 Jahre später. So manches schon. Noch vieles nicht. Die Leibeigenschaft hat wohl aufgehört — doch die Leibeigenschaft dem Götzen Staat gegenüber ist geblieben. Die größte aller Menschheitsgeiseln, der Krieg, zwingt noch immer den Menschen zur Frohn... zur leibeigenen Frohn. Vor kaum zwei Jahren hat sie sich letztmals wieder ausgetobt. Und noch steht auf keinem Oelbaumzweig das Friedenslied. Hinter Draß gepercht hausen Millionen Menschen, wie Tiere genährt, von fremder Gnade. Hinter den vier Hauswänden der Heingekehrten schleicht die Seuche und der Hungertanz wirbelt um die Brotlade und die fruchtloseren Keller. Schwül sind die Tage, schwül die Nächte. Wenn ein Gewitter käme, es fände müde Rebellen. Die Zunge nagt am Leben. Das Leid ersäuft sich im Suppentopf. Der Tod schreibt mit seiner Knochenhand eine grausame, erbarmungslose, unheimliche Weise. Und sollte die Welt zum dritten Male brennen, die Leibeigenen des Staates nähmen's duldsam hin.

Die Welt ist voller Blumen, Sonne und Vogel-sang.

Um die weißen Birkenbäume am steinernen Kreuz gaukeln zwei weiße Falter. Sie lieben sich wohl? Ach, daß sich doch endlich auch die Menschen lieben würden, alle, alle, auf dem großen, weiten Brotfeld der Welt!

Erich Emil Reiser

Herr Sch, aus Todtnoos z. B. benützt schon lange ein Motorrad. Eben solange ist zu beobachten, daß er mit leerem Rucksack in die Gegend fährt und mit prallem Rucksack zurückkehrt. Oder aber er fährt Strecken, die anderen gewöhnlichen Sterblichen verwehrt bleiben, die auf die Benützung der Eisenbahn verwiesen werden. Dem Fahrer sieht man dabei seinen geistlichen Stand nicht an, eher gleicht er in seinem Sportdreß einem Langstreckenfahrer. Sein Vikar, der den Aufendienst in der Gemeinde versehen muß, verdient zweifellos eine Fahrerlaubnis. Zwar könnte man denken, daß beide Herren sich in der Benützung des genehmigten Fahrzeuges teilen. Das scheint jedoch nicht möglich zu sein. Mit Erlaubnischein und seinem Motorrad macht Herr Sch. seine Touren nach nah und fern. Wo der strengregulierten Betriebsstoff herkommt, ist ein Rätsel.

Wir liegen von der Bahnstation 18 km entfernt und haben bis zur Stunde noch immer keinen Postautoverkehr — man sagt uns wegen mangels an Betriebsstoff und Gummi.

Soviel wir wissen, besteht eine Transportkommission, die derartige Fälle zu untersuchen hat und auch eine Gendarmerie zur Kontrolle der Fahrtause. Es wäre an der Zeit, daß man sich an den zuständigen Stellen einmal um diese Dinge kümmert.

Striegelverbot gefordert

Rheinfelden. Vom Hohenwald erreichen uns lebhaft Klagen über das frevelhafte Benehmen der Heidelbeerflücker aus dem Rheintal. Große Strecken sind mit Heidelbeerstriegel (I) bearbeitet worden: Die Pflanzungen sehen nun erbärmlich aus. Die gestriegelten Flächen geben nur selten das nächste Jahr wieder eine Ernte; die Bürgermeisterämter sollten das Striegeln unter allen Umständen verbieten.

Waldshut. Der Landesfachausschuß hat auf den 27. Juli das Fußballspiel SpV. Waldshut I gegen Spvg Rheinfelden neu angesetzt, da das Vorrundenspiel 0:0 in Waldshut seitens Rheinfeldens unter Protest lief und somit eine Neuansetzung bestimmt wurde.

Pilz-Beratungsstelle

Lörrach. Im Auftrag des Bürgermeisteramts Lörrach wird ab Montag, den 28. Juli, in der Turnhalle der Hebeltschule eine Pilzberatungsstelle eingerichtet. Geöffnet 19-20 Uhr. Zur Einführung findet am Freitag, 25. Juli, 20 Uhr, in der Hebeltschule Zimmer Nr. 17, ein Pilzvortrag statt. Redner: Stuzdiemat Müller (Handelsschule) und Pilzberater Lang, Palmstraße.

Verantwortlich für den Heimattell:
Hanns Adam Faerber